

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

80 (7.4.1913)

VOLKSFRUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnement: 85 Pf. vierteljährlich, 2,25 M.; abgeholt monatlich 85 Pf.; am Postkassett 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 S. Vorkostenfrei. Billiger. Schluss d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gess & Cie., Karlsruhe.

Nationale Demokratie und Rüstungswahnsinn.

Karlsruhe, 7. April.

Der „Badische Landesbote“ fühlt sich wieder einmal berufen, der Sozialdemokratie gegenüber die Rolle des politischen Schulmeisters zu spielen. Er findet es bedauerlich, daß man in der Kritik der Militärvorlage in der sozialdemokratischen Presse vergeblich nach einer gerechten Würdigung der internationalen Lage sucht:

„Man starrt hier nur auf die hohen Rüstungsforderungen, ohne auch nur den Versuch zu machen, die neuen Fragen und Probleme der auswärtigen Politik gerecht zu würdigen.“

Der „Bad. Landesbote“ versucht mit diesen kritischen Bemerkungen lediglich, seine militärische Haltung zu rechtfertigen. Denn das, was er an Weisheit über die internationale Lage verzapft, ist nicht weit her, es ist das selbe dürftige Geschwätz, wie es in der Begründung der Wehrvorlage enthalten ist. Der „Landesbote“ retoriert sich hinter die „Lobengedächtnis“. Was dagegen zu bemerken ist, haben wir des längeren schon ausgeführt. Daß die durch den Balkankrieg hervorgerufene Verschiebung der europäischen Machtverhältnisse in keiner Weise die neue Militärvorlage rechtfertigen kann, hat auch die „Frankf. Zeitung“ ausgegeben, die allerdings in der linksliberalen Presse augenblicklich einen ziemlich isolierten Standpunkt einnimmt. Der „Landesbote“ hält es lieber mit der Mehrheit, es ist das auch begreifbar. Wenn er behauptet, daß der Standpunkt echter wirklicher nationaler Demokratie nur der sein könne, die als notwendig anerkannten Heeresforderungen zu bewilligen, demokratische Formen durchzuführen und eine gerechte Deckung zu erzielen, so müssen wir ihm, was den ersten Punkt betrifft, entschieden widersprechen. Was hält denn den „Bad. Landesboten“ für notwendig? Er mag uns doch darüber einmal seine Meinung sagen. Noch vor einem Jahre hat selbst die Reichsregierung die deutsche Heeresstärke für völlig ausreichend erklärt. Heute legt dieselbe Regierung dem Reichstag die größte aller bisherigen Militärvorlagen vor und schon wieder kommen die „Schmerzreden“ und jagen: Das genügt nicht, wir brauchen weitere 6-7 Armeekorps. Hält der „Bad. Landesbote“, falls im nächsten Jahre die Rüstungstreiber ihren Willen bei der Reichsregierung abermals durchsetzen, eine weitere Verärgerung für „notwendig“?

Und dann die demokratischen Reformen. Es ist ein Scherzerglaube, solche damit erzielen zu wollen, daß man das heutige System des Militarismus stärkt. Die Reichsregierung denkt ja — wie die jegliche Wehrvorlage zur Evidenz zeigt — gar nicht daran, die Heeresverwaltung zu demokratisieren, ganz im Gegenteil, ihr Ziel geht darauf hinaus, die Möglichkeit demokratischer Reformen immer mehr zu erschweren. Herr Hausmann hat von dem Wahnsinn des militaristischen Betrübens gesprochen und erklärt, daß die Wälder sich immer mehr von diesem Wahnsinn überzeugen. Im „Berliner Tagblatt“ vom Donnerstag, 3. April ds. Js., schreibt der frühere fortschrittliche Abg. Potthoff, für das, was in der amtlichen Begründung der Wehrvorlage an Weisheit der Regierung vorgebracht wird, gebe es nur eine Bezeichnung: Rüstungswahnsinn. Glaubt der „Landesbote“ wirklich und in allem Ernste, daß man diesen Wahnsinn dadurch erfolgreich bekämpft, indem man ihm mit der Phrase, das „Notwendige“ müsse benilligt werden, immer neue Konzeptionen macht? Was ist denn überhaupt „notwendig“? Der „geschätzte“ Mitarbeiter der „Bad. Landeszeitung“ ist von der „Notwendigkeit“ überzeugt, daß Deutschland für jedes englische Kriegsschiff einen Luftkreuzer baut. Will der „Landesbote“ auch diese „Notwendigkeit“ anerkennen? Und mit welchen Gründen gedenkt er dem Reich im Besonderen von den „notwendigen“ weiteren 6-7 Armeekorps entgegenzutreten?

Man sieht wohin die Argumente, mit welchen der „Landesbote“ gegen uns operiert, in ihren Konsequenzen führen. Mit dem Begriff der „Notwendigkeit“ kommt man immer tiefer in den militaristischen Sumpf; das Bild, welches heute die Fortschrittler bieten, zeigt, daß es da gar keinen Halt mehr gibt.

Zwischen der Demokratie und dem verunkerteten Absolutismus, wie er sich in dem System des deutschen Militarismus präsentiert, gibt es keinen Kompromiß. Nationale Demokratie und Militarismus sind zwei Begriffe, die nichts, aber auch gar nichts mit einander gemein haben. Der Standpunkt des „Bad. Landesboten“ läßt sich mit dem Begriff der echten, wirklichen, nationalen Demokratie nicht vereinbaren. Die Gesichtspunkte, von welchen der „Landesbote“ sich leiten läßt, haben mit Demokratie nichts mehr zu tun, hinter ihnen steht in Wirklichkeit nichts anderes, als der untaugliche Versuch, mit der „nationalen“ Phrase demokratische Politik treiben zu wollen. Wohin das führt, zeigt die totale Verwirrenheit im fortschrittlichen Lager. Seit Jahren machen die Fortschrittler in „nationaler“ Politik. Und was ist der Erfolg? Von demokratischer Reform keine Spur; dagegen tritt

der Militarismus immer anmaßender auf und stellt Forderungen, die alles bisher Dagewesene tief in Schatten stellen. Der gefährlichen „auswärtigen Lage“, mit welcher der „Landesbote“ operiert, wird nicht durch militärische Rüstungen begegnet, sondern nur durch eine demokratische Reform unserer bankrotten Diplomatie, welche diese „gefährliche Lage“ verschuldet hat. Nicht einmal der so vielgerühmte Herr v. Marschall war über die Situation auf dem Balkan richtig orientiert. Wenn jetzt Herr v. Jagow kommt und den Balkanbund als eine Gesamtheit, als eine Schwächung der österreichisch-ungarischen und deutschen Militärmacht darstellt, so können wir uns einer solchen Auffassung nicht anschließen. Der Balkanbund ist heute schon ein nur notdürftig zusammengehaltener, birgt größere nationale Gegensätze in sich, als irgend ein anderer Staatenbund, von der durch den Krieg auf viele Jahre hinaus erzeugten Unmöglichkeit, sich in neue kriegerische Verwicklungen zu stürzen, gar nicht zu reden. Die Logik des „Landesboten“ in der Beurteilung der auswärtigen Politik läuft auf nichts anderes hinaus, als daß Deutschland, weil es sich ebenso wie Oesterreich, durch die Entwicklung auf dem Balkan überrollen ließ, weil unsere Diplomatie keine Ahnung hatte, von dem tiefen Zerfall der Türkei, von der militärischen Kraftentwicklung der Balkanstaaten, weil unter Verbündeter Oesterreich-Ungarn statt sich die aufstrebenden Völker auf dem Balkan zu Freunden zu machen, sie brutalisiert und in jeder Hinsicht umgebildet und nie möglicher Vorteile willen zu demütigen und zu schädigen sucht, zu den ungeheuerlichsten, militarischen Rüstungen und größten finanziellen Opfern verpflichtet sei. Zu einer solchen „Würdigung“ der auswärtigen Politik vermögen wir uns allerdings nicht aufzuschwingen, sie läßt sich vom Standpunkt der Demokratie aus auch nicht rechtfertigen. Die Politik, welche der „Bad. Landesbote“ unter seiner gegenwärtigen Redaktion verteidigt, ist nicht die Politik der nationalen Demokratie, sondern sie ist nationalitätlich-militaristische Politik. Nur so ist es auch erklärlich, wenn der „Bad. Landesbote“ in der Behandlung der Frage unserer auswärtigen Politik seine Zuflucht zu den Schreckgespenstern unserer Chauvinistenpresse nimmt und mit den französischen Rebanageheulenden und der immer größer werdenden Slawengefahr operiert. Wer zu solchen Argumenten greifen muß, um vom Standpunkt der nationalen Demokratie die „Notwendigkeit“ des Rüstungswahnsinns zu rechtfertigen, der hat seinen Beruf als politischer Schulmeister gründlich verfehlt.

Die flucht vor dem Steuer-einnehmer.

Die Ankündigung der einmaligen Vermögensabgabe hat in der Welt des Kapitals eine lebhaftere Bewegung hervorgerufen. Sie hat zunächst die unerfreuliche Erscheinung bewirkt, daß Ausländer ihre Einlagen bei den deutschen Banken zurückziehen in der irrigen Meinung, sie könnten mit diesen in Deutschland befindlichen Vermögensbeständen zum Wehrbeitrag herangezogen werden. Diese Flucht der ausländischen Kapitalisten scheint schon einen erheblichen Umfang angenommen zu haben, denn die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sieht sich genötigt, zu erklären:

„In manchen Kreisen namentlich des Auslandes scheint die Meinung verbreitet zu sein, daß die bei deutschen Banken lagernden Depots von Ausländern schon aus dem Grunde zu dem Wehrbeitrag herangezogen werden sollen, weil sich dieses Kapitalvermögen im Inlande befindet. Diese Ansicht ist irrtümlich. Unbedingt beitragspflichtig sollen Ausländer nur mit ihren inländischen Grund- und Betriebsvermögen sein, d. h. also mit dem in einem eigenen Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft, des Bergbaues oder eines Erwerbs im Inlande angelegten Vermögen.“ Mit ihren sonstigen Kapitalvermögen, insbesondere also mit ihren in einer Bank in Depot gegebenen Privatkapitalien, sind ausländische Staatsangehörige nur dann beitragspflichtig, wenn sie sich im deutschen Reich dauernd des Erwerbs wegen aufhalten. Ist letzteres der Fall, so können sie sich der Wehrbeitragspflicht nach dem Gesetzentwurf aber auch nicht dadurch entziehen, daß sie ihre Kapitalien aus einem inländischen in ein ausländisches Landdepot verbringen. Denn die Angehörigen außerdeutscher Staaten, die sich im deutschen Reich dauernd des Erwerbs wegen aufhalten, werden in dem Gesetzentwurf den Angehörigen des deutschen Reichs gleich behandelt und zum Wehrbeitrag mit ihrem gesamten Vermögen mit Ausnahme des ausländischen Grund- und Betriebsvermögens herangezogen, gleichgültig, wo es sich befindet.“

Inzwischen deuten gewisse Anzeichen darauf hin, daß es nicht das ausländische Kapital allein ist, das seinen Rückzug aus dem Fangebereich des deutschen Steuernehmers antritt. Der „Deutschen Tageszeitung“ ist eine Offerte des Schweizerischen Bankvereins zugegangen, die offenbar an zahlreiche reichsdeutsche Kreise gerichtet wird und ihnen den Ankauf verschiedenster Papiere empfiehlt. Die Adressaten werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß in der Schweiz Wertpapiere keiner Steuer oder Stempelgebühr unterworfen sind, und daß dort von den Besitztiteln solcher Personen, die nicht in der Schweiz ihren Wohnsitz haben, im Todesfalle auch eine Erbschaftsteuer

nicht erhoben wird. Besonders Interesse aber beansprucht noch folgender Hinweis der Offerte:

„Schließlich bitten wir Sie, überzeugt zu sein, daß wir Ihre Interessen nicht nur in sorgfältiger Weise wahren, sondern dieselben auch mit absoluter Diskretion behandeln werden. Wir haben zu diesem Zweck eine besondere, von dem übrigen Geschäftsbetrieb getrennte Abteilung eingerichtet, welcher ausschließlich der Verkehr mit unserer Privatbankenschaft übertragen ist.“

Der Schweizerische Bankverein hofft offenbar mit diesem eigens zum Zweck der Hinterziehung des Wehrbeitrags gegründeten Institut ausgezeichnete Geschäfte zu machen. Er spekuliert auf die „patriotische Opferwilligkeit“ der besitzenden Klassen, die ja in allen Ländern die gleiche ist. Umgekehrt stellt die „Deutsche Tageszeitung“, indem sie — wie wir annehmen ohne Absicht — für den Schweizerischen Bankverein durch Benennung der Firma Kellame macht, der Tugend ihrer Leser ein rühmliches Zeugnis aus. Der Gedanke, daß dem Schweizerischen Bankverein nun auch aus den Kreisen der Agrarier Kundschafft zuwachsen könnte, ist ihr offenbar überhaupt nicht gekommen.

„Volksbetrug“

überschreibt die „Westfälische Rundschau“ (Nr. 75), das bekannte unabhängige katholische Blatt des Münsterlandes, einen Artikel, in dem sie sich mit der Haltung der Zentrumsführer und der Zentrumspresse zu den Wehrvorlagen auseinandersetzt. Der Redakteur Klostermann, der den Artikel selbst verfaßt hat, behauptet, „daß viele führenden und maßgebenden Personen des Zentrums schon längst keine Ahnung mehr haben von der Mißfimmung, die in immer weiteren Kreisen der Partei um sich greift.“ Gegen verschiedene Zentrumsblätter müsse die Anklage erhoben werden, „daß sie planmäßig Tatsachen und Ereignisse unterschlagen oder in irreführender Form und mit einseitigem Sinn mitteilen.“ Für diesen schweren Vorwurf werde er den Beweis nicht schuldig bleiben. Der innere Zusammenhalt der Partei sei wegen des Rüstungswahnsinns gefährdet, aber die Leser der Zentrumspresse dürften die Wahrheit nicht erfahren:

„Was eben jetzt wieder in bezug auf die neue Heeresvorlage durch die militäristischen Zeitungen im Surraffreten geleistet wird, übersteigt alles, was man früher in der Zentrumspresse erlebt hat, und überhaupt bei noch halbwegs zurechnungsfähigen Leuten für möglich halten sollte. Uebrigens, abgesehen von allen Gründen der BERNUNFT, liegt doch auch klar zutage, daß die Kriegshebe die Aufstellung der niedrigsten, rohsten Instinkte im Menschen, die Schürung der Mordgier und des blutdürstigen Schurkentrads den Lehren Jesu und dem Sittengesetz zuwiderlaufen.“

Der Verfasser des Artikels bringt dann eine persönliche Erinnerung aus der Zeit des Ausbruchs des deutsch-französischen Krieges, wo sowohl in Deutschland als in Frankreich zu gleicher Zeit Wittgottesdienste um den Sieg abgehalten wurden. Sein Lehrer in der Obersekunda, Professor Dr. de Weldige-Cremer, ein katholischer Geistlicher, habe sich dazu am 21. Juli 1870 ungefähr folgendermaßen geäußert:

„Da stehen nun hüben und drüben Kinder eines Gottes, des liebenden Vaters aller Menschen, daß er ihnen helfen möge, möglichst viele seiner Kinder jenseits der Grenzpfeile niederzumeßeln. Uns soll er beistehen, die Franzosen zu erschmettern, die Franzosen verlangen von ihm, daß er ihre Waffen „segnen“, uns maskieren zu können. Ich muß sagen, daß ich solche „Gebete“ zu dem Gott der Liebe beinahe wie eine Gotteslästerung empfinde.“

Redakteur Klostermann ist überzeugt, daß seine Leser sämtlich der Ansicht des Herrn de Weldige-Cremer beipflichten werden, was soviel heißt, sie sind Gegner der glorreichen Zentrumspolitik.

Eine interessante Enthüllung läßt das Blatt noch folgen, die im übrigen ein sehr bezeichnendes Bild auf den Zentrumsüberhäuptling Abg. Gerold wirft. Redakteur Klostermann erzählt von dem Besuch eines Gutsbesizers aus dem Amte Everswinkel. Dieser Gutsbesitzer habe sich im Gespräch auch über die „neuere Taktik“ des Zentrums geäußert:

„Sicher weiß ich, daß die „Taktik“ des Zentrums auf die Dauer unsere Partei ruinieren. Mit der versch. Finanzreform fing die Geschichte an. Gerold (der Provinzialvorsitzende der Zentrumsparlei für Westfalen) hielt nach seinen eigenen vertraulichen Äußerungen diese ungeheure Volksbelastung für verkehrt und durchaus verfehlt. Als es zunächst den Anschein hatte, daß die nationalliberale Partei die Finanzreform „rapportieren“ wollte, hat Gerold zu dem mir befreundeten Gutsbesitzer S. gesagt: „Gott sei Dank, daß wir nun nicht in Versuchung kommen; mögen die Nationalliberalen nur machen; sie werden die Folgen schon spüren bei den nächsten Wahlen.“ Nachher haben dann dennoch die überstolzen Zentrumsaktiver, nur um den verhassten Fürsten Bülow zu stürzen, der Regierung den ganzen Mitt bewilligt. Was das Zentrum dadurch an Vertrauen eingebüßt hat im Volke, das ahnen die „Taktiker“ wohl selbst nicht; der Schade ist niemals wieder gutzumachen. Der Stachel sitzt fest im Volksgemüt. Und nun mit der neuen Militärvorlage geht's wieder gerade so.“

Soweit der Gutsbesitzer der „Westfäl. Rundschau“, das Blatt fügt hinzu, daß die Folgen der glorreichen Finanzreform sich speziell im Wahlkreise Warendorf-Beudorf-Lü-

dinghausen schon gezeigt hätten, als für den abgegangenen „Volksvertreter“ Herzog von Arenberg eine Ersatzwahl stattfinden mußte; ein bedeutender Rückgang der Zentrumstimmen, eine überraschende Zunahme roter Stimmzettel. — Herr Gerold ist überaus bloßgestellt, zumal er nach der Bewilligung der Finanzreform im Lande herumreiste und die Bewilligung der halben Milliarde durch das Zentrum als eine nationale Großtat anpries. Was hat er zu der Enthüllung zu sagen?

Deutsche Politik.

Beihilfe für Veteranen. In der Sitzung der Budgetkommission des Reichstags am letzten Freitag erklärte Unterstaatssekretär Kühn bei dem Titel: Beihilfen an hilfsbedürftige Veteranen, daß im Jahre 1910 183 000 Kriegsteilnehmer, 1911 195 000, 1912 232 000, 1913 245 000 Beihilfen bekommen hätten. Von den sämtlichen in Frage kommenden Veteranen erhalten jetzt 67 Prozent die Beihilfe gegen 40 Prozent im Jahre 1910. Es soll aber noch mehr geschehen. Da aus dem Stundlohn ein Ertrag für diesen Zweck nicht zu erwarten sei, werde er den verbündeten Regierungen vorschlagen, dem Reichstag eine Gesetzesvorlage unabhängig von dem Schicksal des genannten Entwurfs zu unterbreiten. Er glaube einen Gesetzentwurf in nicht ferner Zeit in Aussicht stellen zu können. Nach weiteren Neußerungen verschiedener Redner bewilligt die Kommission die für die Beihilfe für hilfsbedürftige Veteranen angeforderte Summe von 31 000 000 M.

Die endgültige Erledigung des Falles Sobbi. Die „Elbinger Zeitung“ teilt den Wortlaut des kaiserlichen Kabinettsbefehls an den nun wirklich „hinausgeschmissenen Richter“ des badischen Vorverfalls mit. Es lautet folgendermaßen:

Bad Homburg vor der Höhe, den 31. März 1913.
Seine Majestät der Kaiser und Königin haben von Ihrem lokalen und entgegenkommenden Verhalten bei der von Allerhöchster Majestät der Kaiserin beauftragten Untersuchung des Falles Sobbi Kenntnis genommen und Ihnen den kaiserlichen Kronenorden 4. Klasse zu verleihen geruht. Allerhöchstem Auftrage zufolge lasse ich Ihnen die Ordensauszeichnung hieneben ergehen zu lassen.

Der Geheimne Kabinettsrat. Wirklicher Geheimer Rat von Volentini.
Ein merkwürdiges Dokument ist das kaiserliche Kabinettschreiben. Wenn ein solches Schreiben als Genehmigung für eine schwere Entscheidung genügt, der muß in der Tat mehr mittelalterliche Leibeigenschaftsdurchstellungen als modernes Reichstagswesen und Ehrgefühl in sich haben.

Auch das nach. Tropfenweise wird dem deutschen Volke der Umfang der Heeresvorlage zu Gemüte geführt. So berichtet die „Nordd. Allg. Ztg.“ vom Freitag abend, daß in der Anlage 1 B des Gesetzentwurfs für die Heeresvorlage unter „Sonstiges“ auch eine Vermehrung der Übungen des Wehrdienstes angeführt sei. Hiernach werden in diesem Jahre etwa 88 000 Mann mehr als sonst für durchschnittlich 14 Tage einberufen werden. — Welche Ueberraschung wird die Vorlage noch bringen?

Zu den neuen Heeresvorlagen. Den Agrariern wird die Mitteilung der „Korrespondenz Blätter“, die von der „Nordd. Allg. Ztg.“ bestätigt wird, große Freude bereiten. Danach wird der Wehrbedarf an Pferden, der durch die Heeresvorlage benötigt wird, durch freihändigen Ankauf von volljährigen Pferden gedeckt werden. Dieser Ankauf findet selbstverständlich im Inlande statt. Die Remonte-Ankaufkommissionen sollen im Verlaufe der Monate September und Oktober 8000 Reispferde und 9000 Zugpferde, insgesamt 17 000 volljährige Pferde, freihändig kaufen.

Die zweijährige Dienstzeit bei der Marine. Der Kontradmiral z. D. Hoffmann untersucht in der „Kreuzzeitg.“ die jüngst in der Budgetkommission des Reichstags angeordnete Frage der Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Marine. Wie sich das für einen zur Disposition gestellten Seeoffizier von selbst versteht, kommt er zur Verneinung dieser Frage. Würde er zu einem anderen Urteil gekommen, dann wäre er bereits in der allernächsten Zeit Kontradmiral a. D. geworden. Könnte man also von dem Mitarbeiter der „Kreuzzeitg.“ eine andere Schlussfolgerung nicht erwarten, so ist es doch nicht ohne Interesse, was er über die Marineinfanterie sagt, denn wider seinen Willen beweist er hier, daß bei der Marineinfanterie die dreijährige Dienstzeit nicht die mindeste Berechtigung hat. Der Admiral führt nämlich aus, daß die Marineinfanterie im Mobilisationsfall durch Polizei verstärkt den — Garnisonsnachdienst zu versehen hat. Das ist übrigens die hauptsächlichste Aufgabe der Marineinfanterie auch im Frieden und außerdem hat diese Truppe die Aufgabe, für die nicht an Bord befindlichen

Offiziere die Posten zu stellen. Und zur Lösung dieser „bedeutungsvollen“ Aufgabe mag man es, die Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit als absolut nötig zu bezeichnen.

Ausland.

Holland.
Wahlkompromiß der Regierungsparteien. Die drei Parteien der liberalen Mehrheit sind nach langwierigen Verhandlungen, die sich sowohl auf die Verteilung der Wahlkreise, als auf das Wahlprogramm bezogen, zur Einigkeit gekommen. Diese Einigkeit trägt aber deutlich die Kennzeichen eines mit schwerer Mühe zustande gekommenen Kompromisses an sich. Das gesamte Wahlprogramm der drei Parteien bezieht sich nur auf zwei Teile der Verfassungsreformvorlage des liberalen Kabinetts, nämlich auf die Verpflanzung der Säule und die Erhaltung der bisherigen Staatsaufsicht über die Kirchen. Ueber alles andere, was bei dieser Wahl in Frage steht, über das Wahlrecht, den Posttarifwucher, die Arbeiterversicherungsfrage usw., hat man sich also nicht einigen können. Der Kompromiß bedeutet in dieser Weise eine beträchtliche Schwächung der so wie schon sehr geschwächten Regierungskoalition.

England.
Die Steigerung der Staatsausgaben. Das Schatzamt hat bereits eine Uebersicht über den Staatshaushalt in dem am 31. März abgelaufenen Jahre bekannt gegeben. Die Einnahmen betrugen 188 802 000 Pfd. Sterl. (zu 20,40 M.), die Ausgaben etwa ebensoviel: 188 621 Millionen; etwas über 8850 Millionen Mark. Für das neue Jahr 1913/14 sind die Ausgaben auf 195 322 100 Pfd. Sterl. geschätzt: etwas weniger als 4000 Millionen Mark. Betrachtet man die Entwicklung der Ausgaben im letzten Jahrzehnt, so zeigen die letzten Jahre der konservativen Regierung eine Verminderung der Ausgaben von 168,756 Mill. Pfd. Sterl. im Jahre 1903/04 bis auf 150,413 Millionen 1905/06, also um etwa 180 Millionen Mark. Das folgende Jahr brachte mit 149 637 664 Pfd. Sterl., etwas über 3000 Mill. Mark, den tiefsten Stand. Es war das erste Jahr der liberalen Regierung. Seitdem ein ständiges, erst langsam, seit 1910/11 reichend schnelles Steigen der Ausgaben bis auf fast 4 Milliarden Mark, also um fast eine Milliarde Mark in 7 Jahren. Dabei sind eine Reihe Kultur Ausgaben für Erziehung, Arbeiterversicherung, namentlich für Alterspensionen, die 20,3 Mill. Pfd. Sterl. (416 Mill. Mark) erfordern. Den Löwenanteil übernehmen die Flottenausgaben in Anspruch. Sie sind mit 46,300 Mill. Pfd. Sterl. (946 Mill. Mark) angelegt: 304 Mill. Mark mehr als 1906/07. Das Meer erfordert „nur“ 28,22 Mill. Pfd. Sterl. (577 Mill. Mark): 9,3 Mill. Mark mehr als zu Beginn der liberalen Ära. Meer und Flotte zusammen erfordern rund 1620 Millionen Mark.

Badische Politik.

„Es ist erwünscht!“

In einer amtlichen Bekanntmachung für die diesjährigen Frühjahrskontrollversammlungen befindet sich folgende Stelle:

„Die Inhaber von Kolonial- und andern Denkmünzen usw. haben diese zur Kontrollversammlung anzulegen. Es ist erwünscht, daß die Mitglieder der Krieger- und Militärvereine die Abgaben dieser Vereine anlegen.“

Die Zeit ist wohl nicht mehr allzu ferne, wo es Befehl sein wird, daß die kontrollpflichtigen Militärvereinsmitglieder auch mit Fahne zu erscheinen haben.

Die Grenzen bleiben gesperrt.

Das Ministerium des Innern, das den Antrag der Karlsruher Kommunalverwaltung auf Verlängerung der Erlaubnis zur Einfuhr von holländischem Schlachtvieh an das Reichsamt des Innern beifürwortend weiter geleitet hat, teilt dem Stadtrat nunmehr mit, daß sich der preussische Landwirtschaftsminister nicht habe entschließen können, die Einfuhr von holländischem Schlachtvieh über den 1. April hinaus zuzulassen, selbst wenn der in Mündchen vorgekommene Seuchefall, der zur vorzeitigen Sperrung der Grenze veranlaßt, nicht eingetreten wäre, da von vornherein mit der Verlängerung der Einfuhrerlaubnis über den 1. April hinaus nicht habe gerechnet werden können. Die Erlaubnis zur

Einfuhr von Schlachtvieh aus Italien, um die der Stadtrat nachgesucht hatte, ist vom Ministerium des Innern wegen der Gefahr der Einschleppung der Maul- und Klauenseuche verjagt worden.

Also auch wenn keine Seuchengefahr bestünde, würde der preussische Landwirtschaftsminister die weitere Zufuhr holländischen Viehes ablehnen, da von vornherein mit der Verlängerung der Zufuhr über den 1. April hinaus nicht gerechnet werden konnte. Warum? Das wissen die Götter und der allmächtige Herr von Schorlemer, die Minister für Landwirtschaft im Königreich Preußen. Aber auch die badische Regierung öffnet die Grenzen nicht, die sie öffnen könnte, — von wegen der Seuchengefahr. Die Schweiz aber gestattet die Einfuhr von Schlachtvieh aus Italien, obwohl die Seuchengefahr für die Schweiz nicht geringer ist, als für Deutschland. Man stelle sich vor, diese strengen Maßregeln würden auch ebenso konsequent in Deutschland selbst angewendet, wenn irgendwo Seuchen ausgebrochen sind. Der Viehtransport würde überhaupt aufhören. Wenn ausländische Lohnflüchtigen Menschen eingeschleppt, ist man nicht entfernt so streng, als wie bei den Viehseuchen.

Die Steinindustrie in Baden.

V. (Schluß)

In einem besonderen Abschnitt behandelt Dr. Goldmann die gesundheitlichen Schädigungen der Steinarbeiter infolge der Staubeinatmung. An der Hand von Krankenaktenauszügen der Orte Freudenstein (Landkreis Wertheim) und Sulzfeld und Mühlbach (Landkreis Eppingen) wird die hohe Ziffer an Erkrankungen der Atemwege bei Sandsteinarbeitern dargestellt. Statistiken aus allen Teilen des Landes beweisen, daß auch in anderen Gesteinsmaterialien die Erkrankungs ziffer der Steinarbeiter keine geringe ist. Dr. Goldmann kommt zu dem Resultat, daß die Gefährdung der Arbeiter dort um so größer ist, wo die Steinindustrie sich schon von Generation zu Generation fortgepflanzt hat. In neuen Gebieten der Steinindustrie ist die Gefahr eine so große nicht, doch müssen die kommenden Generationen gefährdet erscheinen, da die Nachkommen disponiert werden zur Empfänglichkeit für Lungenerkrankungen. Neben Lungenerkrankungen leiden Steinarbeiter auch stark an Rheumatismus durch die häufige Erfröhlungen und durch übermäßigen Alkoholgenuss. Unter der Wirkung der Vererbung der Lungenerkrankungen der Steinarbeiter werden die in der Denkschrift des Steinarbeiterverbandes niedergelegten Forderungen der Arbeiter von Dr. Sommerfeld erwähnt und dabei besonderer Weise die Staubabfuhrvorrichtungen an Maschinen als unzureichend bezeichnet. Die Praxis hat längst erwiesen, daß diese Vorrichtungen gerade an Maschinen möglich sind, schwerer bei Handarbeit. Ein großer Wert wird ärztlichen Untersuchungen beim Eintritt in den Beruf und periodischen Untersuchungen bei beschäftigten Arbeitern beigelegt, die in verschiedenen Betrieben auf Grund der Genererbeordnung schon eingeführt sind, in denen die Gefahr keinesfalls so schwer und der Nutzen kaum so sicher sein dürfte, als in der Steinindustrie.

Die Gefahren der Steinindustrie sind vermeidbar und müssen beseitigt werden zum Nutzen der Arbeiterschaft, der Volksgesundheit und der Steinindustrie selbst. Wird doch heute schon in den Steinbetrieben teilweise über Mangel an Bekleidungen geklagt, da sich die jungen Väterchen aus Angst vor der als unheimlich geltenden „Steinruhmkrankheit“ anderen Verufen zuwenden.

Sogenannte Wohnstättenvereine sind in der ganzen Steinhauerindustrie mit Ausnahme eines Besonderen. Daß Arbeiterwohnungen nicht hergestellt werden, wird damit erklärt, daß in den meist künftigen Gebieten ein Bedürfnis hierzu nicht vorliegt. Anders liegen die Verhältnisse bei der Unterbringung der Wanderarbeiter. In weit abgelegenen Betrieben des Schwarzwaldes und anderen ähnlichen Orten, die weit ab von bewohnten Orten liegen, sind die Unternehmer gezwungen, Wohnquartiere herzustellen. Wenig befriedigend ist, was auf diesem Gebiete geschaffen wird. Überall sind derartige Bauten äußerst primitiv und unwohnlich. Jedoch nicht nur die Art der Ausführung der Bauten ist es, die zu bitteren Klagen Anlaß gibt, sondern auch deren Benutzung und Instandhaltung durch die Bewohner.

Als ein besonderer bedauerlicher Mißstand wird das starke Biertrinken der Steinarbeiter bezeichnet, wenn auch anerkannt wird, daß im Laufe der Jahre unweilendbar eine Besserung eingetreten ist. Als deren Ursache wird neben der Verkürzung der Arbeitszeit, die günstige Wirkung der Belehrung

Der Baldamus und seine Streiche

Von Oskar Wöhrl.

9

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

In Paris hatte er einen guten Einfall. Er gab sich als stellenloser Kellner aus und bekam auf diese Weise in Cafés und Restaurationen ziemlich viel zusammen, dadurch wurde er frecher und unternehmender. Zu seiner Ehre muß ich sagen, daß er manches mit mir teilte. Schließlich beschloßen wir nochmals, nach Nizza zu gehen; doch gingen wir diesmal schlauer an. Auf dem Bahnhof der Linie Paris-Von-Mediterranee kauften wir uns zwei Bahnsteigbilletts zu je zehn Centimes. Mit diesen passierten wir die Sperre und stiegen in den Schnellzug, der abends um acht Uhr nach Marseille fährt. Der Zug stand noch in der Station, da kam schon ein Kontrolleur und sah die Billette nach. Der Kontrolleur war nicht verlegen, sondern fragte ihn ganz ungeniert nach dem Abort. Der Beamte gab Auskunft und ich benutzte die Gelegenheit, an den besagten Ort zu verschwinden und mich einzuschließen. Kaum war ich drin, klopfte der Kontrolleur und ich öffnete ihm. Erst nach einer Stunde gingen wir in ein Coupee und machten es uns bequem. Hier lernten wir auch einen Oberkellner kennen, der nach der Riviera fuhr. Der Kontrolleur pumpte ihn an. Es zog, er schwitzte zwei Franken. Gegen Tag fuhr der Zug im Nyoner Bahnhof ein, wo er eine halbe Stunde Aufenthalt hatte.

Die meisten Reisenden stiegen aus und tranken an einem Stand Kaffee und aßen Brötchen. Je länger wir zuhoben, desto stärker wurde unser Appetit. Bald standen wir auch dort und ließen es uns schmecken. Der Kontrolleur schenkte mir noch einige Brötchen zu und sagte, ich solle wieder ins Coupee und unsere Plätze belegen, derweil wolle er begablen. Wer aber nicht bezahlte und sich auf höchst raffinierte Weise drückte, war er. Wir fuhren weiter. Auf offener Straße hielt der Bua, irgend etwas war nicht in Ordnung.

Was alles ausgebeßert war, gabs zwei Stunden Verspätung. Gegen elf Uhr stiegen wir in Marseille aus. Doch wie hinauskommen? Ueberall standen an den Perronausgängen Beamte, denen man die Billette abgeben mußte. Auch hier mußte der Kontrolleur Rat. Er ging mit mir zur Gepäckstelle und fragte ganz kühl und geschäftsmäßig, ob seine Koffer schon angekommen seien. Natürlich fand der Ademeister nichts, so viel er auch suchte. „Na“, sagte der Kontrolleur, „dann komme ich halt später wieder“ und gab dem Mann 50 Centimes Trinkgeld. Der dankte vielmals. Wir zwei aber gingen zur anderen Türe hinaus und standen im Freien. Zwar hatten wir schwer Schiß gehabt, doch als alles so gut abließ, mußten wir überlaut lachen. Wir bummelten umher und tranken hier und da einen Schoppen.

Marseille hat viel Leben. Alle Rationen kann man sehen; schöne breite Straßen und Plätze mit Anlagen, aber auch viel Elend, Dreck und Gestank; besonders in der Hafen- gegend. Bei Anbruch der Dunkelheit kamen wir ans Meer. O du schönes Wasser! Es dauerte lange, bis wir uns satt gesehen hatten an seinen lauten, unruhigen Wogen. Aber uns umfrallte die Kälte und wir wurden wieder arme, hungrige Walzbrüder, die nicht besser daran sind als ein Stück Vieh. Der andere gab mir einen Stroh und sagte: „Du, ich will pennen.“ Wir gingen den Gleisen der Tram- bahn nach und trafen einen Polizisten, der uns den Weg zum Asyl zeigte. Weil wir so spät waren, wurden wir tüchtig ausgechimpft und durften nur auf einer Britische schlafen. Ueber 400 Leute lagen hier auf dem Holze. Es roch entsetzlich nach Schnaps und ungewaschener Haut. Bis wir einschließen dauerte es lange, immer wieder murkte der Kontrolleur: „Nauf, wir kriegen Käufe!“ Wenn er sich frauchte, frauchte ich mich auch und versuchte dieses Stinkloch hunderte Male.

Am Morgen waren wir wie gerädert und machten uns gleich auf die Fahrt. Um zwölf trafen wir uns beim Bahnhof; der Kontrolleur hatte Geld und wollte fort. Ich war einverstanden und wir ertrugten den nächsten Weg nach Lyon. Das ist eine feine Stadt mit schönen Wirtschaften und

einem großen Kriegshafen. Wir besahten alles gründlich und verhoffen bei dieser Gelegenheit, was wir hatten. Weil wir Fremde und Ausländer waren, behielt uns niemand über Nacht. Wir ginsteten uns und tippelten in einer Wut weiter. Eine Weilstunde entfernten trafen wir drei Kunden, zwei junge und einen alten Speckträger. Dieser verstand die Sache aus dem ff und fand schon nach kurzem Suchen eine Platte, wo wir alle fünf übernachten konnten. Wir brachen zeitig auf und gingen davon. Den alten Kunden habe ich später in Rom wieder getroffen.

Die Straße war schön. Lange Straßen führte sie dem Meere nach. Aber die Schönheit allein macht niemand satt und da wir beide Essen wohl vertragen konnten, gingen wir bald aufs Festen aus, bekamen aber fast nichts. Am Abend brachen wir in einem Kessberg ein Winterhäuschen auf und machten ein Feuer, aber so, daß es von draußen niemand sehen konnte. In der Ecke stand ein Sad mit Kartoffeln. Von diesen prägelten wir einen großen Keil.

Tags darauf kamen wir in ein Gebiet, wo viele Weinfelder unter Wasser standen. Wer Trauben abreiben wollte, mußte bis über die Knie hinein. Ich tat's; Weintrauben aß ich sehr gern. Auch einen Johannisbrotbaum trafen wir und kletterten hinauf. Nach einer Stunde wurde uns beiden unwohl; das Zeug war nicht reif gewesen, wir mußten uns übergeben. Zum Ueberflus fing es auch noch zu regnen an. Nirgends fanden wir einen Ort, wo wir unterfrischen konnten. Wir marschierten unselig weiter, wurden naß bis auf die Haut und waren zum erstenmal der gleichen Meinung. Wir behaupteten beide, das ganze menschliche Leben sei nichts wert, niemand ginge es besser als den ganz großen Spitzbuben und Gallunken; ein rechter Kerl aber (damit meinten wir uns) müßte vor Hunger umfallen, oder wenn er das nicht wolle, schäufte, bis er krank werde. Eine Gesellschaft, die solche Zustände dulde, sei keinen Schuß Pulver wert. Es ist seltsam, sobald es einem schlecht geht, fängt man an zu philosophieren oder zu beten, je nachdem; in guten Tagen läßt man alles laufen wie es läuft, streift sich den Bauch und macht sich nur wenig Gedanken.

Endlich sahen wir das Meer wieder und waren froh

über die Schädlichkeit des Alkohols durch die Arbeiterorganisationen und die Mäßigkeitsbewegung anerkannt. Es werden im Bericht einige Fälle ganz außerordentlich hohen Bierkonsums angeführt. In einem großen Granitwerk Mittelbadens (Selbsth. v. A. H. v. A. H. v. A. H.) haben nämlich Arbeiter innerhalb der vierzehntägigen Ruheperiode nicht selten 120 bis 130 Flaschen Bier, also 3 bis 4 Liter, am Tag, genossen. Eine Gendarmeriemeldung, welche anlässlich eines Verfahrens in diesem Betrieb wegen Verletzung des Trankverbots erstattet wurde, enthält den Satz: „Der verheiratete Arbeiter K. hat an einem Jahrtag 168 Flaschen Bier getrunken. Er hatte an jenem Jahrtag nur 38 M. verdient, nachdem das Bier mit 33,66 M. und das Branntweingeld bezahlt waren, brachte er noch 40 Pfg. nach Hause.“ Wir kennen die Fälle und wissen, daß es sich in dem einen Falle um einen Menschen handelt, der als normaler Arbeiter nicht gegenehrt werden kann. Aber gerade in diesem Steinbruch sieht jede andere Gelegenheit, den Durst anders als mit Bier zu löschen. Vor Jahren stellten wir dort fest, daß der Bier, der gleichzeitig Polier war und noch ist, jede 7 Flasche Bier gratis an die Arbeiter gab. Seit dem Streit im vorigen Jahre, wo seitens der Arbeiterschaft gefordert wurde, daß das Vorrecht beseitigt werden soll, ist der Bierkonsum auf ein Drittel des früheren Umlages herabgesunken. Es wäre interessant, den verschiedenen Ursachen des hohen Biergenusses in den einzelnen Betrieben nachzugehen; man würde da die sonderbarsten Entdeckungen machen. Auch in der graphischen Darstellung des Bierverbrauchs pro Monat und Kopf in verschiedenen Betrieben ist in dem Steinbruch mit dem höchsten Verbrauch pro Kopf der Polier gleichzeitig Flaschenbierhändler gewesen. Der Bericht sagt selbst mit vollem Recht, daß man nicht selten den Eindruck hat, daß die Kantine für Meister oder Polier Hauptbetrieb der Steinbrüche oder die Steinbauerei Nebenbetrieb sei. Weiritten soll dabei nicht werden, daß viele Steinarbeiter auf diesem Gebiete noch hart kämpfen. Die Organisation hat bisher ihre Möglichkeiten genau, um dieses Uebel zu bekämpfen und wird auch in Zukunft weiter tun, was in ihren Kräften steht.

Den Schlüssen des Berichtes können wir uns voll anschließen, wenn wir sie auch gleichzeitig auf Arbeitgeber mit ausdehnen. Wenn sich die kulturellen Bedürfnisse gehoben haben und der auf diesen Gebieten durch Gewohnheit und mangelnde Einsicht demoralisierende Sinn sich besser entwickelt haben wird, dürfen die Gewerbeaufsichtsbeamten hoffen, bei den nächstbeteiligten diejenige Unterstützung zu finden, die gerade bei der sanitären Wohlfahrtspflege nicht entbehrt werden kann. Was bei den Arbeitern der Stadt und den fabrikmäßig geordneten Betrieben möglich war, nämlich die Lebensansprüche nicht allein in materieller, sondern auch in geistiger und ethischer Beziehung zu heben, wird sich auch bei dem ländlichen Arbeiter, der heute der Typus des Steinarbeiters ist, durch Aufklärung und Belehrung und durch nachsichtiges Verständnis erreichen lassen. Dann werden die unerschöpflichen Vorkommen, die sich beim näheren Eindringen in die Verhältnisse der Steinindustrie stärker als bei anderen Berufen bemerkbar machen, allmählich zurücktreten.

Das vorliegende Werk der badischen Fabrikinspektion kann im allgemeinen nur unsere Anerkennung finden. Dies um so mehr, als im gleichen Augenblick eine ähnliche Arbeit als Doktorarbeit erschienen ist über: „Die Granitindustrie des Südschwarzwaldes“, die in nur denkbarer Einseitigkeit vollständig im Unternehmerstandpunkt liegt. Es wäre zu wünschen, wenn das badische Beispiel auch in anderen Bundesstaaten Nachahmung finden würde und dadurch die Bahn freigemacht würde zur Besserung der Verhältnisse in einem einst blühenden Gewerbe, das ohne energisches Eingreifen dem Ruin entgegengeht. Hoffentlich geht aber auch die Mahnung ein, die aus dem Werke hervorgeht, nicht verloren und werden gehört von allen, die es angeht.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. April.

Präsident Dr. Kämpf eröffnet 220 Uhr die Sitzung. Am Bundesratspräsidenten ist Schatzsekretär Kühn erschienen. Zunächst werden die Reichshaushaltsrechnungen für 1910 und die Rechnung des Haushalts der Schutzgebiete für 1906 in dritter Beratung auf Antrag der Rechnungs-Kommission ohne Debatte erledigt. — Es folgt der Etat des Reichstags.

Abg. Bassermann (natl.): Unsere Resolution wünscht die freie Eisenbahnfahrt für die ganze Dauer der Legislaturperiode, um einem unumkehrbaren Zustand ein Ende zu machen. Der Bundesrat mag wie in Sachen der „Wahlhilfe“ auch in dieser Angelegenheit eine baldige Entscheidung treffen.

Abg. Stüden (Soz.):

Die Schuld in der Behandlung des Reichstags liegt an der bürgerlichen Mehrheit des Reichstags. Wir stimmen der Reso-

lution zu. Die zweite nationalliberale Resolution verlangt die Wahlprüfungen dem Reichstage zu übertragen und sie einem Gerichtshof zu übertragen. Die Reichsregierung bestimmt anders und hoffentlich werden alle andern Parteien mit Ausnahme der nationalliberalen sich dagegen sträuben, jemand anders als dem Reichstag selbst Einfluß auf die Besetzung des Reichstags nehmen zu lassen. Das Oberlandesgericht Colmar hat in der ehsch-lothringischen Frage der Wahlprüfungen rasch und gut gearbeitet, aber die Wege der bürgerlichen Justiz sind so wunderbar verschlungen, daß wir gegen den Gerichtshof Bedenken tragen. Rolle vierzig Jahre hat der Reichstag selbst geprüft, nun soll er sich das Amtszugewinn ausstellen. Ich gebe zu, die Wahlprüfungen im Reichstage sind nicht immer ideal. Oft ist Macht vor Recht gegangen, daraus darf man aber nicht falsche Schlüsse ziehen. Es gibt auch heute schon Mittel gegen die Mißstände. Der Antrag beweist, wie die Nationalliberalen sich immer mehr nach der reaktionären Seite entwickeln. Vor Jahren haben die Nationalliberalen sich noch gegen die Wahlprüfungen durch einen Gerichtsbescheid ausgesprochen. Freilich, als nach der Arbeit des Reichstags eine ganze Anzahl von Wahlen, die ungültig waren, für gültig erklärt wurden, schlug der Abg. Jund einen Wahlprüfungsgerichtshof vor. Es käme, um Landesgefühl nicht zu verletzen, nur das Reichsgericht in Leipzig in Betracht für die Wahlprüfungen, und das ist doch sehr überlästig. Die Wahlprüfungskommission hat sehr gut gearbeitet; auch ist der Geschäftsgang bei den Behörden zu langwierig. Viehe man Referenten und Korreferenten des Reichstags direkt sich an die betreffenden Gemeinden und Wahlvorstände in strittigen Fragen wenden, so würde alles erheblich beschleunigt werden. Wir bitten um Ablehnung des nationalliberalen Antrags.

Abg. Dr. von Galster (natl.): Wenn wir auf ein uns unabhängiges Recht verzichten, müssen recht dringende Gründe dafür vorhanden sein. Nach unserer Ansicht ist das Plenum daran schuld, daß die Entscheidung über Wahlen verschleppt wird. Es ist nach unserer Ansicht nicht geeignet, die Entscheidung zu treffen, denn für das Plenum ist die Abstimmung eine Nachfrage. Ich empfehle die Einsetzung eines besonderen Wahlprüfungsenats bei dem zu errichtenden Reichsverwaltungsgericht. Dieser Senat hätte zu bestehen aus Richtern und Abgeordneten.

Abg. Dove (fortsch. Volksp.): Der Resolution auf freie Eisenbahnfahrt stimmen wir zu. Bezüglich der Wahlprüfungen gehen die Meinungen auseinander. Wir beantragen daher, diese Resolution der Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen.

Abg. Spahn (Zentr.): Der Resolution auf freie Fahrt stimmen wir aus sachlichen Gründen zu. Die Behandlung der Wahlprüfungen im Plenum hat doch manches Gute an sich. Das geschlossene Zimmer ist wenig geeignet, Mißständen im Wahlbetrieb entgegenzutreten.

Abg. Krenzl (Reichsp.): Von Wichtigkeit bei den Wahlprüfungen ist die Schnelligkeit ihrer Erledigung. Diese wird im Reichstag aber nicht erreicht. Der Vorschlag, daß Abgeordnete dem Gerichtshof angehören sollen, ist nicht durchführbar. Diese Abgeordneten würden ihrer parlamentarischen Befähigung entzogen; ebenso wenig ist ein direkter Verkehr der Wahlprüfungskommission zum Zwecke der Erhebungen mit den Gemeindevorständen durchführbar.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (fortsch. Volksp.): Vor allem ist eine Verschleunigung in der Erledigung der Wahlprüfungen dringend notwendig. Man möge doch einmal den Versuch machen, mit der Öffentlichkeit der Verhandlungen der Wahlprüfungskommission.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.): Dem Antrag, die Resolution betreffend die Wahlprüfungen an die Geschäftsordnungs-Kommission zu verweisen, stimmen wir zu. Die Gerichte sehen sozialdemokratisch gefärbte Beamte aus. Wie sollen wir da Vertrauen haben? Gibt es in Kreisen überhaupt noch unabhängige Richter? (Vizepräsident Dr. Dove: Sie dürfen einen derartigen generellen Vorwurf nicht machen.) Das Reichsgericht ist höchst ungeeignet als Forum für Mandatsprüfungen.

Abg. Verusch (Soz.): Der englische Wähler ist keineswegs mit der richterlichen Mandatsprüfung zufrieden. Die Resolution betreffend die Freifahrt wird darauf einstimmig angenommen und die Resolution betreffend die Wahlprüfungen an die Kommission verwiesen. — Der Etat des Reichstags wird bewilligt.

Es folgt die Beratung des Etats des Reichstagsamts bei Titel Beihilfen für hilfsbedürftige Veteranen.

Schatzsekretär Kühn: Ich kann auch im Plenum nur wiederholen, daß die Regierung beabsichtigt, einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Bezüge der Veteranen aufbessern will. Ein ganz bestimmter Termin läßt sich jedoch, da die Verhandlungen noch im Gange sind, nicht angeben. Aus dem gleichen Grunde muß ich es mir vorbehalten, nähere Mitteilungen über den Inhalt des künftigen Gesetzes zu machen.

Abg. Prinz Schönaich-Carolath (natl.): Hoffentlich kommt die Vorlage recht bald. Eventuell ist diese Materie in die Deeresvorlage hineinzuarbeiten. Wir wollen vor allem eine Erhöhung der Bezüge der Kriegsveteranen. Auf die politische Stimmung darf nicht gesehen werden.

Abg. Schöpplin (Soz.):

Ich will anerkennen, daß der Schatzsekretär wenigstens einen schüchternen Versuch gemacht hat, etwas mehr für die Veteranen zu erlangen. Er hat erklärt, daß bei dem neuen Gesetz die Wünsche, die dem Reichsanwalt zugegangen sind, berücksichtigt werden. Der Abg. Schöpplin hat verlangt, daß nur wirklich bedürftige Veteranen Beihilfe bekommen. Das ist auch unser Standpunkt. Aber es wäre richtiger, wenn ein paar Veteranen zu Unrecht die Beihilfe erhielten, als wenn auch nur ein Bedürftiger zurückgewiesen wird. Jetzt noch mit einer genauen Untersuchung der einzelnen Kriegsteilnehmer anzufangen, lohnt sich wirklich nicht mehr. Dem Wunsch, daß den Witwen die Beihilfe ein Vierteljahr länger gewährt werde, können wir zustimmen. Die wesentliche Verbesserung der Lebensmittel besteht schon seit Jahren, mindestens seit dem Jolkarij. Die Erreichung der Beihilfen wird den Veteranen auf alle mögliche Weise erleichtert. Das muß aufhören. Von den bewilligten Summen sind zwei Millionen Mark nicht ausgegeben worden. Es ist wirklich nicht nötig, an den Veteranengeldern, die einmal bewilligt wurden, Ersparnisse zu machen. Der Redner führt einzelne Fälle von heimlicher und schändlicher Behandlung von Beihilfenehmern an.

Schatzsekretär Kühn betont nochmals, daß die Vorlage eine Erhöhung der Bezüge in sich schließen wird.

Abg. Baumann (Zentr.): Die bedürftigen Veteranen müssen nach Kräften unterstützt werden.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr: Wehr- und Deckungs-vorlage.

Soziale Rundschau.

Zentriale Zeitungshefte gegen die „Volkshilfe“. Von der Art, wie eine gewisse Sorte Tagesblätter mit den Tatsachen umspringen, wenn es gilt, die „Volkshilfe“ in Mißkredit zu bringen, seien ein paar Proben gegeben. Die „Oberländer Tagespost“, ein zu Zell im Biental erscheinendes Zentrumsblatt, das sich durch besonders hinterwäldlerische Befämpfung der Konsumvereine hervorruft, schreibt unter anderem:

„Das neue Unternehmen, das mit den Konsumvereinen eng verbunden werden wird, soll einer weitgehenden Volksversicherung auf genossenschaftlicher Grundlage dienen. All die drei großen sozialdemokratischen Unternehmungen: „freie Gewerkschaften, Konsumvereine und „Volkshilfe“, arbeiten dann Hand in Hand. Die Gewerkschaften stellen den beiden andern die Mitglieder; die Konsumvereine liefern bei Wahlen und Streiks die nötige finanzielle Grundlage; die „Volkshilfe“ bildet einen Vorkrieg für Gewerkschaften und Konsumvereine. Alles unter den schützenden Fittichen und zur höheren Ehre der Sozialdemokratie.“

Was die Versicherung angeht, so ist weitestgehende Selbsthilfe hier tatsächlich gerechtfertigt. Wenn man bedenkt, daß die „Viktoria“ im Jahre 1910 lediglich aus der Volksversicherung 66 929 443 M. an Prämie vereinnahmte und einen Reingewinn von 14 686 234 M. erzielte, von denen den Versicherten 25 Prozent der Prämie, den Affianzierten dagegen 62,5 Prozent des bar eingezahlten Affianzials und außerdem als Entlohnung dem Vorstand und dem Aufsichtsrat 784 243 Mark zuzufloßen, so wird man es begreiflich und berechtigt finden, wenn zur Selbsthilfe seitens der Versicherten gedrungen wird. Was aber jedenfalls nicht zu verantworten ist und weswegen man bürgerlicherseits unbedingt das neue Versicherungsunternehmen ablehnen muß, ist seine Ausnutzung zu sozialdemokratischen Parteizwecken.

Man sieht — im badischen Oberlande geben die Feinde der „Volkshilfe“ die Unwahrscheinlichkeit gleichfalls eine. Ein Kommentar ist wirklich überflüssig. Eine ähnliche Nummer ist der „Abenpälzer“, gleichfalls ein Zentrumsorgan. Dort lesen wir:

„Diese „Volkshilfe“ ist eine in großem Maßstabe gedachte Versicherungseinrichtung, mit deren Hilfe die Sozialdemokratie sowohl Mitglieder wie Gelder an sich will, wie sie ja darum auch Gewerkschafts- und Genossenschafts- (Konsumvereins-) Wesen in erster Linie mit in ihren Reihen duldet und fördert, um diese Organisationsformen zu parteipolitischen Werbearbeit zu benutzen.“

Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß die Einrichtung dieser sogenannten „Volkshilfe“ nicht zuletzt auch dem Zwecke dienen soll, die ländliche Bevölkerung zu kommen zu lassen. Man redet von allen Seiten auf ihn ein. Endlich stekt man ihm 100 M. zu und läßt ihn ins nächste Weinlokal ein.

Das wirkt. Er läßt sich wirklich zur Garderobe schleppen und wird dann auf Partierkosten in der Leipziger Straße unter Alkohol gesetzt.

„Warum?“ fragte endlich einer, als die Stimmung schon sehr fidele geworden ist, warum wollten Sie eigentlich durch-

aus reden und unsere Parade führen?“

„Ja, reden?“ stammte der fremde Herr.

„Na, Sie meldeten sich doch zum Wort?“

„Ja?“

„Ja, Sie hoben doch die rechte Hand hoch?“

„Ach so, da wollte ich aber nur beim Ober ein Glas Bier bestellen!“

Kleines feuilleton.

Deutsch-französischer Verein zur Förderung des internationalen Reisewesens. Unter diesem Namen wurde neulich in Berlin ein Verein gegründet, der sich zur Aufgabe gestellt hat, das internationale Reisewesen zu fördern. Als erste Veranlassung organisiert der Verein zu Pfingsten eine einwöchentliche Sonderreise nach Paris. — Die Teilnahme an dieser Reise, deren Bedingungen besonders vorteilhaft sind, ist jedem zugänglich. Mit dieser Veranstaltung will der Verein unter Ausschaltung jedes politischen Gedankens den Beweis erbringen, daß es für beide Nationen eine Notwendigkeit ist, sich besser kennen zu lernen. Auskunft erteilt der Vorsitzende G. Lowrier, Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 17.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Plutus. Kritische Wochenchrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber Georg Bernhart). Jahrgang vom 14. Heft des zehnten Jahrganges: Notbode. — Amerikaner. Von G. B. — Redue der Presse. — Aus der Presse. — Aus den Wärfen. — Afrikanische Zustände. — Godbergsche Stabankleihen. — Gebhard u. König. — Hilfspostämter. — Gedanken über den Weltmarkt. Von Justus. — Plutus-Merkel. — Warenmarktpreise im März 1913. — Antworten der

Wir mußten, wo Meer ist, hat es auch kleine Sitten, die den Vollwächtern als Unterschluß dienen. Nichtig, wir fanden auch eine und frohen unter. Aus Tannenreife oder was es war, machten wir ein kleines Feuer, zogen uns nackt aus und trockneten das Gewand. Darüber schliefen wir ein. Witten in der Nacht weckten uns zwei Douaniers, die hinein wollten. Wer in den rauschenden Regen hinaus mußte, waren wir. Fluchend und die ganze Menschheit verwickelnd, flieheten wir uns an und gingen.

(Fortsetzung folgt.)

Theater und Musik.

Ariadne auf Naxos in Mannheim. Das Hof- und Nationaltheater in Mannheim brachte Donnerstagabend „Ariadne auf Naxos“ von Mich. Strauß zur Aufführung. Dank der vorzüglichen Einstudierung durch Kapellmeister Bodanzky hatte die Oper einen unbestrittenen Erfolg. Die Karlsruher Hofoperinsängerin Frau Scheider fand als Zerbinetta begeisterten Beifall und wurde vom Publikum mehr als ein Dutzendmal herausgerufen und sogar auf offener Szene mit strömendem Applaus bedacht.

Gegen die Theaterzensur. Stuttgart als Vorort der deutschen Goethebünde hat unter einmütiger Zustimmung des geschäftsführenden Ausschusses des vortempebrarischen Goethebundes beschloffen, an den Reichstag eine Petition zu richten, um endliche Beseitigung der veralteten und schädlichen Theaterzensur. Die Beratung der Petition sollte mit der Beratung des Entwurfs eines Reichstheatergesetzes verbunden werden.

Chemnitzer Maifestspiele. Im Chemnitzer Neuen Stadttheater (Direktion Richard Tauber) finden als Abschluß der Winterperiode 1912/13 erstmals Maifestspiele statt, bei welchen das Gesamtensemble der Dresdener Hofoper und des Deutschen Theaters (Reinhardt) zu Berlin gastieren wird. 1. Mai: „Der Rosenkavalier“ von A. Strauß. Beide Abende in Originalbesetzung und Ausstattung der Dresdener Hofoper und am 4. Mai das Reinhardt'sche Ensemble mit M. Werlins's Märchenpiel: „Der blaue Vogel“, Musik von Humperdinck.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

(Angegeben ist der Preis für Sperrsitze 1. Abt.)

Montag, 7. April. C. 50. „Derbes und Marianne“, Tragödie in 5 Akten von Hebbel. 7 bis gegen 11. (4 M.).

Dienstag, 8. April. B. 51. „Der Freischütz“, romantische Oper in 3 Akten von Weber. 7 bis nach 10 Uhr. (4,50 M.).

Donnerstag, 10. April. A. 51. „Weh dem, der lügt“, Lustspiel in 5 Akten von Grillparzer. 7 bis nach 10 Uhr. (4 M.).

Freitag, 11. April. C. 51. „Ariadne auf Naxos“, Oper in 1 Akt von Mich. Strauß, zu spielen nach Molières „Bürger als Edelmann“. 7 bis gegen 11 Uhr. (4,50 M.).

Samstag, 12. April. (3. Vorst. außer Abt.) Ermäßigte Preise. „Ein Sommernachtstraum“, phantastisches Lustspiel in 3 Akten von Shakespeare, Musik von Mendelssohn-Bartholdy. 7 bis 11 Uhr.

Konservativer Parteitag.

Vorsitzender: Nach alter Sitte findet bei uns nach den Vorträgen unserer Führer keine Aussprache statt. Bei dem vielen Reden kommt nie was heraus. Eine Diskussion ist überhaupt nutzlos, anarchisch, revolutionär. Ich hoffe, daß sich niemand zum Worte meldet!

Im Hintergrunde hebt ein fremder Herr die rechte Hand hoch. Der Vorsitzende wird lächelnd und murmelt: „Es meldet sich also doch einer! Alles verloren!“ — Herr von Heidebrand, der neben ihm sitzt, gittert so stark, daß das ganze Podium, auf dem der Vorsitzende steht, wippt.

Der Vorsitzende trinkt häufig drei Schnaps und ruft dann mit unflorter Stimme dem fremden Herrn zu: „Lieber Mann, Sie wollen gegen die Tradition verstößen? Sie wollen reden? Sie wollen...?“

Der fremde Herr: „Ja, will...“

Der Vorsitzende: „Gewiß, Sie wollen, aber das wollen wir alle ja auch...“

Der fremde Herr: „Ich muß...“

Der Vorsitzende: „Gewiß, Sie müssen, aber das müssen wir alle ja auch...“

Der fremde Herr: „Ich möchte...“

Der Vorsitzende: „Gewiß, Sie möchten, aber das möchten wir alle ja auch! Warum wollen Sie durch unnütze Reden unsere Harmonie töten?“

Inzwischen umringen mehrere Vorstandsmitglieder den fremden Herrn, der, puterrot im Gesicht, vergeblich zu Worte

...ung, die sich bisher den andern Agitationsbemühungen der Sozialdemokratie gegenüber noch zumeist sehr widerstandsfähig erwies, auf dem Wege von Versicherungs- und ähnlichen Versprechungen und Vorteilen der Sozialdemokratie zuzuführen.

Wenn man das Treiben solcher Gegner betrachtet, beschleicht einem unwillkürlich das Gefühl, dem Friedrich II. von Preußen nach der Schlacht von Tannenberg so drastisch Ausdruck verliehen!

Mutterchaftskassen. Zu den Palliativmitteln, die Mängel der deutschen Arbeiterversicherung wenigstens zu einem Bruchteil zu beseitigen, gehört die Gründung der Mutterchaftskassen, die von einschlägigen Sozialpolitikern als Vorläufer reichsgesetzlicher Fürsorge der Wöchnerinnen und Säuglinge bezeichnet wird. In Baden bestehen drei solcher Kassen, die nach französischem Muster organisiert sind: Karlsruhe, Baden-Baden und Heidelberg. Die Mitglieder dieser Kassen haben auf Grund ihrer Beitragspflicht einen Rechtsanspruch auf Wochenbettunterstützung und Stillprämien. Das Moment der Wohlthätigkeit in jener unendlichen Struktur scheidet dabei (soweit es den Anspruch betrifft) völlig aus. Während unseres Wissens die Kassen in Karlsruhe und Baden-Baden in ihrer Entwicklung keine besondere Fortschritte gemacht haben, kann Heidelberg auf eine außerordentlich erfreuliche zurückblicken. Die Generalversammlung der Heidelberger Mutterchaftskasse zeigte einen Mitgliederstand von 162 gegenüber 60 im Jahre 1910. Während 1910 nur 10 Wöchnerinnen unterstützt und 9 Stillprämien bezahlt wurden, waren 1912 52 Wöchnerinnen zu verzeichnen. 1910 wurden in Heidelberg 670 M. Beisatz und 1912 für Wochenbett 620 M. und an Stillprämien 670 M. Beisatz 100 Prozent aller Wöchnerinnen kamen zum Stillen ihrer Kinder. Die Kasse hat außer diesen Unterstützungsleistungen sich zur Aufgabe gemacht, gegen eine Zuschuldgebühr von 40 Pf. täglich Wochenpflegerinnen zu stellen. (Der Verein zahlt pro Tag einen Zuschuß von 1 M.) Außerdem werden Wochenkörbe mit vollständig ausgestattetem Material zur Entbindung unentgeltlich leihweise gestellt. Ueber das von der Propagandageellschaft für Mutterchaftsversicherung eingerichtete Kinderkriegerheim haben wir bereits früher berichtet. Die Einnahmen der Heidelberger Mutterchaftskasse, bei der die Vertreter aller Arbeiterorganisationen mitarbeiten, betragen an Mitgliederbeiträgen 1912 801 M., der Zuschuß der Propagandageellschaft für Mutterchaftsversicherung betrug 760 M. Im Flugegeld wurden 960 M. vereinnahmt. Diefen 1666 M. Einnahmen stehen 1664 M. Ausgaben gegenüber. Das Vermögen der Mutterchaftskasse beträgt 1280 M.

Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß, nachdem die Reichsversicherungsordnung den berechtigten Erwartungen der deutschen Arbeiterschaft in keiner Weise Rechnung getragen hat, sich diese auf dem Wege der Selbsthilfe das zu schaffen versucht, was gerechterweise Sache der Allgemeinheit wäre. Helft euch selbst, dann ist euch geholfen. Das Reich hat selber Gottes zur Zeit andere „Kulturaufgaben“ zu lösen.

Aus der Partei.

Hocherfreuliche Fortschritte macht unser junges Freiburger Parteiblatt, die „Volkswacht“. Zum 1. April ds. Js. hat sie in Freiburg selbst 195, in Singen 80, in Lörrach und Billingen je 70 Abonnenten gewonnen. Außerdem sind auch aus kleineren Orten Neubestellungen zu verzeichnen.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beriet am Freitag in einer sehr langen Sitzung in eingehender Weise die neuen Steuerentwürfe. Als Redner zu den Steuerentwürfen wurden bestimmt: die Genossen S u d e t u m, S e g i s z und E m m e l.

Von der Parteipresse. Die Göttinger „Freie Volkszeitung“ und auch die „Donau-Wacht“ in Ulm, die bisher beide ihren politischen Teil von der „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart bezogen, erscheinen jetzt als völlig selbständige Organe mit gemeinsamem politischem Text. Die Herstellung der beiden Blätter erfolgt ausschließlich in der Göttinger Druckerei.

Uebertritt zur sozialdemokratischen Partei. Der Rentner H. S. Witt, der bei der letzten Reichstagswahl für die demokratische Vereinigung in Altna-Nierlohn kandidierte, ist in den sozialdemokratischen Wahlverein in Wannsee bei Berlin als Mitglied aufgenommen worden.

Unsere Toten. In G o l t a ist vor einigen Tagen im Alter von 64 Jahren nach einer längeren Krankheit der Arbeitersekretär Genosse Karl H e l m i g gestorben. Genosse Helmig stammt aus Hannover, war von Beruf Schmied und arbeitete als solcher jahrelang im gotthaischen Orte Georgental, wo er auch der erste Sozialdemokrat im Gemeindeparkament wurde. Er wirkte dort bis zu der im Jahre 1901 erfolgten Begründung des Arbeiterreferats in der Stadt G o l t a. Das Sekretariat wurde bis Ende 1909 auch vom Staate mit 2000 M. jährlich unterstützt. „Der alte Helmig“ war allezeit ein tüchtiger Mensch und ein fleißiger Sekretär. Ehre seinem Andenken.

Gewerkschaftliches.

Zur Aussperrung im Malergewerbe. Die letzte Zusammenstellung des Unternehmerverbandes über die Zahl der Aussperrten, die, oberflächlich betrachtet, äußerst pompos aussieht.

Herausgebers. — Neue Literatur. Generalversammlungen. — (Abonnement vierteljährlich per Post, Buchhandlung und direkt vom Plutus-Verlag 450 M. Probehefte gratis in jeder Buchhandlung und vom Plutus-Verlag, Berlin W. 62, Mehrstr. 21.

Kurt Kraus: „Mit 100 Mark nach Amerika“ nebst einem Nihilismus „Praktische Ratsschläge für Auswanderer“. Geb. 1 M. Verlag F. Fontane u. Co., Berlin-Grünwald. Zu beziehen durch die meisten Buch- und Papierhandlungen. Niemand wird diese Schilderungen ohne Interesse und Bewegung lesen, die Analyse der seelischen Depressionen zeigt den trefflichen Menschenschreiber in vollstem Glanze. Auf die politischen und sozialen Verhältnisse der Vereinigten Staaten fallen zahlreiche Schlaglichter, namentlich auch was Polizei und Justiz betrifft. Sehr zu loben ist, daß Kraus seinem Werke noch dadurch einen weiteren, ganz besonders praktischen Wert gegeben hat, daß er kurze Ratsschläge für die Auswanderungslustigen aufstellt. Die Verlagsbuchhandlung hat dem Buch ein recht ansprechendes Neuzer versehen.

Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore. drei Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache.

Diese Lehrschriften, deren erstere jenen den 21. Jahrgang antwort, machen sich zur Aufgabe, das Studium der fremden Sprachen, wenn Vorkenntnisse schon vorhanden sind, auf interessante und unterhaltende Weise weiterzuführen. Die dem Lesert nebenan gestellte genaue Uebersetzung führt dem Leser in beiden Sprachen den richtig gewählten Ausdruck vor, wodurch der Wortschatz vermehrt und die Genauigkeit in der Wiedergabe des Sinnes erlernt werden kann. Wer sich mit Sprachstudium beschäftigt, dem seien diese überall gut eingeführten und bekannten Zeitschriften aufs wärmste empfohlen.

Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

bei genauerem Ansehen über die Angaben der Gehilfenorganisationen voll bestätigt, ruft in Unternehmern lebhaftes Erstaunen hervor. Wenn von 36 150 Aussperrten berichtet wird und darunter 11 800 Arbeitslose und 8207 solche Gehilfen sein sollen, die einen Mebers unterschrieben haben und daher weiterarbeiten, so ist es eben selbstverständlich, daß tatsächlich nur 16 143 Aussperrte vorhanden sind. Der Verband der Maler zählt aber jetzt deren 14 96 einschließlich Arbeitslose; dazu kommen rund 1200 freiwillig und direkt-Dunklerisch Organisierte, in Summa also rund 16 900. So sehen die Unternehmer nach und nach ein, daß sie von ihren Führern hinter List geführt werden. Darauf, wie auf die jetzt herrschende gute Konjunktur ist es zurückzuführen, wenn die Sondertarife der Gehilfen immer weitere Verbreitung finden. So arbeiteten vorige Woche, um nur einige Beispiele herauszugreifen, zu neuen Bedingungen in Wiesbaden 250 Gehilfen, in Frankfurt a. M. 681, in Darmstadt 170, in Offenbach 61, in Chemnitz 195, in Leipzig 280, in Halle 75, in Mannheim 127, in Stuttgart 251; im Bezirk Frankfurt a. M. arbeiteten bereits 1474 Gehilfen zu neuen Bedingungen, während nur noch 1970 ausgesperrt sind.

Der Unternehmerverband vertritt seine Mitglieder auf die kommenden Verhandlungen; bis dahin sollen sie noch handfest bleiben. Nun, allerdings sollen am 8. April voraussichtlich Verhandlungen beginnen, ganz bestimmt ist dieser Tag oder noch nicht festgelegt, und ob die ersten Verhandlungen sofort einen Abschluß bringen, ist keineswegs sicher, denn es scheint, als hätten sich die Unternehmer, wenigstens gewisse Scharmacher unter ihnen, so festgesetzt, daß sie kaum von ihrem eigenartigen Standpunkt abgehen werden. Dann ist aber eine Einigung undenkbar. Darum können auch die aussperrenden Unternehmer in der nächsten Woche noch keineswegs bestimmt mit der Erleichterung der vom Unternehmerverband mutwillig heraufbeschworenen Differenzen rechnen.

Tarifverhandlungen für das Bahngewerbe in Baden.

In den letzten Tagen fanden für Baden die Tarifverhandlungen statt und zwar wurde verhandelt: am Donnerstag auf dem Rathaus in Freiburg für die Orte Freiburg, Lahr und Lörrach. Die Arbeitgeber haben sich bereits vorher in ihren Versammlungen festgelegt; sie gaben die bestimmte Erklärung ab, daß sie keine Zugeständnisse machen würden. Die Verhandlungen verliefen sonach resultatlos.

Am Freitag wurde in Karlsruhe für die Orte Karlsruhe, Forzheim und Baden-Baden verhandelt. Trozdem das Bahngewerbe in Karlsruhe und auch in Forzheim eine recht gute Konjunktur aufweist, machten auch hier die Arbeitgeber keine Zugeständnisse, sie lehnten eine Verfüzung der Arbeitszeit ebenso strikte ab, wie eine Lohnerhöhung. Die Unternehmer von Baden-Baden waren zu den Verhandlungen überhaupt nicht erschienen; sie lehnen auch einen Vertragsabschluß ab.

Am Samstag fanden die Verhandlungen für das Umland in Heidelberg statt. Verhandelt sollte werden für die Orte Heidelberg, Reimen, Neckargemünd und Weinheim. Die Unternehmer aus Weinheim waren nicht erschienen, sie lehnten den Vertragsabschluß ab.

Für die übrigen Orte wurden Zugeständnisse seitens der Arbeitgeber nicht gemacht, jedoch die Verhandlungen für ganz Baden vollständig resultatlos verlaufen sind. Die Unternehmer scheinen hier nach einem bestimmten Plan gearbeitet und für alle Orte vorher die Parole ausgegeben zu haben, nichts zu bewilligen.

Aus dem übrigen Deutschland liegen dagegen Nachrichten vor, daß die Unternehmer Angebote gemacht haben. Es sind L o h n e r h ö h u n g e n angeboten worden von 4 bis zu 12 Pf. pro Stunde, auch ist für mehrere Orte eine Verfüzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden zugesagt. Auch bei allen früheren Lohnbewegungen verhielten sich die Unternehmer in Baden stets ablehnend. Was die Maurer, Zimmerer, Zementierer und Hilfsarbeiter an Verbesserungen im Laufe der Jahre erhielten, mußten sie sich immer erkämpfen. Soll es diesmal wieder so sein?

Zur Lohnbewegung in der Pappfabrik in Gengenbach

Schreibt man uns: Die organisierten Arbeiter der Firma Köhler, Pappfabrik in G e n g e n b a c h, welche im Fabrikarbeiterverband und im christlichen Hilfsarbeiterverband zu fast gleichen Teilen organisiert sind, haben Lohnforderungen eingereicht. Die Lohnverhältnisse in diesem Betrieb lassen seit Jahren vieles zu wünschen übrig. Die Löhne der jüngeren Arbeiter sind grundschlecht, bei den Erwaachsenen nicht viel besser, denn das 2,80 und 3 M. (was so im Durchschnitt für die Fabrikarbeiter bezahlt wird bei 11- und 12stündiger Arbeitszeit) ein auskömmlicher Lohn wäre, glaubt außer Herrn Köhler niemand mehr. Gefordert wurden: 30 Pf. Lohnerhöhung für alle Arbeiter pro Tag, entsprechende Bezuhlung der Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit und für die Arbeiter, welche nicht in Wechsel- schicht arbeiten, 10stündige Arbeitszeit. Da diese Forderungen überaus minimal und nur das Allernotwendigste darstellen, waren die Arbeiter der berechtigten Ansicht, daß solche Forderungen weitgehendsten Entgegenkommen finden würden. Doch weit gefehlt! Herr Köhler gehört mit zu den Kapitalisten, die mit aller Hinesse ihren Geldbeutel schützen und doch als „Wohltäter“ prunken können. Schon längst war ihm die Organisation ein Greuel und verschiedentlich verlegte er, durch Maßregelungen von Arbeitern dieselbe wieder zu unterdrücken, was ihm aber nicht gelang. Nun nun doch zum Ziele zu gelangen, gründete er zu Anfang dieses Jahres einen g e l b e n B e z e i n unter dem unschuldigen Namen eines „Arbeiter-Wohlfahrts-Vereins“, in dessen Statuten den Arbeitern Versprechungen gemacht werden, die mit dem Gesamtinteresse der Firma über sämtliche Verdienste, gar nicht in Einklang zu bringen sind.

Am 27. März fanden Verhandlungen statt, in welchen von Herrn Köhler eine Lohnerhöhung von 20 Pf. pro Tag „freiwillig“ angeboten wurde. Das Zugeständnis der Firma betraf die Ueberstunden, Sonntagsarbeit, Arbeitszeitverfüzung, ver sprach Herr Köhler bis zum 30. März schriftlich mitzuteilen. Doch Versprochen und gehalten ist bei Herrn Köhler zweierlei. Die Zwischenzeit benutzte er, um mit allen Mitteln die organisierten Arbeiter in den gelben Verein zu bringen. Tag und Nacht war Herr Köhler auf den Weinen, um „seine“ Leute zu „überzeugen“ von den großen Wohltaten, die er ihnen in dem „Wohlfahrtsverein“ biete. Bis zu ein dufendmal wurden die, welche sich zuerst weigerten, immer wieder aufs neue angegangen. Vergebene Weisen, mit Namen bebedt, waren im Umlauf, die zeigen sollten, welche Fortschritte der Verein macht. Daß man bei fortgesetzter Bearbeitung durch den Fabrikanten bei einer Arbeiterkraft wie die in der Pappfabrik Erfolg erzielen kann, ist selbstverständlich. Bis zum Sonntag, 30. März, hatte es Köhler soweit gebracht, daß bis auf ca. 35 Mann alle unterschrieben hatten und mit demüthigspöttischer Miene jagte er dem Wohlfahrtsverein der christlichen Gewerkschaft, dem er die schriftliche Antwort übergeben sollte: „Ich habe das jetzt nicht mehr nötig, die Verhältnisse haben sich zu meinen Gunsten geändert.“ Man wird sich merken müssen, daß dieser Herr auf dem Rathaus in Gengenbach die erste Geige spielt und Hopsbann der Zentrumspartei ist, weil ihm „die Liberalen der Pappfabrik“ so schlecht sind, wie er sich bei der mündlichen Verhandlung äußerte. Der Buchhalter S c h w a r z, welcher diesem Scharmacher treulich sekundierte, ist stamener Fortschrittler. Troz

dieser wertvollen Einschüchterungsmaßnahmen und trozdem Herr Köhler in eigener Person den Weg beehrte, den ein Teil der Arbeiter gehen mußte, um ins Verammlungslokal zu gelangen und fast jeden antrage, „wo er hinwolle“, war die Verammlung am 30. März gut besucht und gestaltete sich zu einer gründlichen Uebung des Köhlerischen Sozialis. Seit Jahren hat Herr Köhler sich nicht bezogen gefühlt, seinen Arbeitern „Wohltaten“ zu erweisen, erst als sie sich selbständig gemacht haben und die Vertretung ihrer Interessen selbst in die Hand nehmen wollten, entbedete Herr Köhler sein gutes Herz. Vorher wurde jedem, der um eine Lohnerhöhung nachsuchte, mit den schlechten Zeiten und den Verlusten etwas vorgekammert, aber als bei der Unterhandlung Herrn Köhler gesagt wurde, daß er, wenn er das, was in dem gelben Statut gefordert wird, gebüht zahlen müsse, entgegnete er: „Das wissen Sie nicht, übrigens kann ich mit meinem Gelde „Wohltaten“ schaffen werden, andererseits sagt Herr Köhler: „Humanitätsbuselei lenne er nicht!“ Alles dies beweist, daß die ganze Mache die Sprengung der Organisation der Arbeiter zum Zweck hat und ist dies gelungen, dann kann ja Herr Köhler wieder machen was er will, denn nach dem Wortlaut des gelben Statuts hat er in allen Fällen das Entscheidungswort.

Die Arbeiter sollten sich aber überlegen, ob sie ihre Freiheit denart verkaufen wollen, um wieder in die alten Zustände zurückzufallen. Anstatt sich mit allen möglichen Gratifikationen abfinden zu lassen, sollten sie eine bessere Beziehung verlangen. In der Organisation hat jeder Arbeiter sein Recht und Hilfe, er mag hin kommen wo er will, während bei einem Beschel das, was er in den gelben Köhlerischen Verein leistete, verloren ist. Der Fabrikant hat selber auf allen Gebieten, in der Gemeinde wie in der Fabrik, seinen Vorteil zu wahren gemußt, er ist Mitglied seiner Organisation, hat selbst das, was er anderen verbieten will, deshalb sollte sich auch kein Arbeiter zum modernen Sklaven machen. Nur weil die Organisation so großen Wert für die Arbeiter hat, deshalb will sie Herr Köhler auskosten. Kollegen, zeigt, daß ihr nicht gewillt seid, euch vergewaltigen zu lassen!

Der Gau Baden des deutschen Arbeiterfängerbundes im Jahre 1912.

Der Gauvorstand des Gau Baden des Deutschen Arbeiterfängerbundes unterbreitet den Mitgliedern der badischen dem Bunde angeschlossenen Arbeiterfängervereine seinen 22. Geschäfts- und Kasfenbericht. Der Gau befindet sich, wie aus dem Bericht zu entnehmen ist, in schönster blühendster Entwicklung. Konnten wir im vorigen Jahre von einer erheblichen Steigerung der Mitgliederzahl verschiedener Vereine berichten, weniger aber von erfolgten Neugründungen und Aufnahmen schon bestehender Vereine in den Bund, so ist in diesem Jahre die erfreuliche Tatsache zu konstatieren, daß durch Neugründung oder durch Uebertritt von bürgerlichen Vereinen der Bund einen Zuwachs von acht Vereinen erfahren hat. Diese immer größer werdende Bodengewinnung in den Gemeinden des Landes ist sicher ebenso wertvoll wie die Mitgliederzunahme einzelner Vereine. Zwei Vereine und eine Frauenabteilung mußten aus unseren Reihen gestrichen werden. Der Gau zählt jetzt 104 Männer-, 7 Frauen- und 2 gemischte Chöre mit 5283 aktiven und 7693 passiven Mitgliedern. Daß auch in gefangenschnüder, künstlerischer Beziehung rastlos gearbeitet wird, braucht bei dem Ernste, mit dem unsere Arbeiterfängervereine ihre Aufgabe anfassien, nicht erst betont zu werden. Die zahllosen günstigen Konzertberichte in der Parteipresse des Landes und auch in der bürgerlichen Presse sind das beste Spiegelbild der künstlerischen Bestrebungen unserer Gauvereine. Das Gauvorstand in diesem Jahre in Karlsruhe, das alle bisherigen Veranstaltungen, sowohl was die Zahl der Teilnehmer betrifft, wie auch was an künstlerischen Veranstaltungen geboten werden wird, übertreffen wird, wird der breitesten Öffentlichkeit Gelegenheit geben, sich von dem Wachstum des Gaues und dem Können seiner Mitglieder zu überzeugen.

Der Verkehr mit den Vereinen war im verfloffenen Jahre ein sehr reger, die Arbeit des Vorstandes war eine sehr umfangreiche, der Präsident hielt eine große Zahl Agitationsvorträge, die überall gute Aufnahme fanden. Erhebliche Arbeit verurteilt das Gauvorstand. Soffentlich entlohnt ein glatter, stimmungsvoller und imposanter Verlauf die Gangesgenossen für ihre aufgewandte Mühe und Arbeit. — Der Kasfenbericht gibt ein überflüssliches Bild der Einnahmen und Ausgaben. Die finanzielle Lage des Gaues muß als gut bezeichnet werden.

Dem Vorstand des Gauvorstandes sind die Berichte der einzelnen Bezirke angeschloffen. Der Mannheim-Bezirk ist der stärkste. Die bestehenden Vereine haben ihre Mitgliederzahl auf der Höhe gehalten, zum Teil ist ein festes Vorwärtsschreiten zu verzeichnen. Besonders begrüßt der Bericht die Verschmelzung zweier Mannheimer Vereine (Kassalla und Rheingold). Das Beispiel ist allgemeiner Nachahmung wert. Der Bezirk zählt zurzeit 44 Männerchöre, 4 Frauenchöre und 2 Vereine mit Frauenchorabteilungen. Die Mitgliederzahl beträgt 5352.

Der Karlsruher Bezirk bezeichnet das abgelaufene Geschäftsjahr ebenfalls für die Bewegung als zufriedenstellend. Einige Orte wurden gewonnen, in einigen Gardtorten stehen ausfichtrische Aufnahmen bevor. Der Bezirk umfaßt 30 Vereine, darunter einen Frauen- und einen gemischten Chor, mit im ganzen 3987 Mitgliedern.

Der 3. Bezirk Forzheim-Durlach kann eine Vermehrung durch neue Vereine nicht verzeichnen. Man müsse mit Neugründungen sehr vorsichtig zu Werke gehen. Es sind aber Ansätze vorhanden, die hoffen lassen, daß im nächsten Jahre einige Vereine gewonnen werden. Alle Vereine des Bezirks haben ihre Sängerkraft erheblich vergrößert. Der Bezirk umfaßt 12 Männerchöre mit 1958 Mitgliedern.

Der Freiburger Bezirk berichtet von erfreulichen Fortschritten. Drei Vereine traten dem Bunde bei, es ist beste Aussicht vorhanden, daß weitere folgen werden. Einige Vereine veranstalteten gemeinsame Konzerte, die gut besucht waren und deren Verlauf allgemein als gut anerkannt wurde. Der Bezirk zählt 20 Männerchöre und einen gemischten Chor mit zusammen 1679 Mitgliedern.

Es ist somit in allen Bezirken ein stetiges Vorwärtsschreiten und Aufwärtsschreiten zu verzeichnen. Die Gauversammlung findet am 13. April 1913 im Gasthaus zur „Post“ in Gaggenau statt. Möge ihr Verlauf sowie auch derjenige

des Sängertages an Pfingsten in Karlsruhe dem Gau Baden eine weitere Festigung, ein weiteres Erstarren nach innen wie auch nach außen hin erbringen.

Kommunalpolitik.

Erhöhung der Löhne der Waldarbeiter. Der Gemeinderat von Mersch hat den Tagelohn der Waldarbeiter (beim Sägen von Pflanzern) von 3 Mk. auf 3,50 Mk. erhöht.

A. Bürgerausschuss in Achern. Das Bürgermeisteramt Achern ladet die Mitglieder des Bürgerausschusses auf Mittwoch, den 16. April, nachmittags 1/2 Uhr, zu einer Sitzung in das Raatschulgebäude ein.

Bürgermeisterwahlen. Bei der Bürgermeisterwahl in Oberjähbach wurde der jetzige Ortsvorstand A. Kurz wiedergewählt.

Der neue Berufsbürgermeister in Wallstadt. Aus Wallstadt schreibt man der „Mannh. Volksstimme“:

Unser Bürgermeisterwahl zeitigt humoristische Blüten. Es erweckt den Anschein, als wolle sich Wallstadt in Bezug auf Wöhe einen Namen machen.

Bürgerausschuss in Freiburg. Mit überwiegender Mehrheit lehnten die Vertreter der Freiburger Bürgergesellschaft in der gestrigen Stadtsitzung den Kauf der Reutheider Holzgüter bei Gundelfingen durch die Stadt ab.

Ein Krankenhaus für Tuberkulosekranke läßt die Stadt Breslau in waldreicher Lage im Kreise Belsau erbauen.

Berichtszeitung.

Aus der Karlsruher Strafkammer.

Sitzung vom 4. April.

Auf der Tagesordnung für die heutige Sitzung der Strafkammer standen zwei Fälle, bei denen es sich um Anklagen wegen Kuppelerei handelte.

Im zweiten Fall waren die Angeklagten der Arbeitersekretär Albert Willi aus Badr und dessen Ehefrau Auguste Willi geb. Braun aus Rastatt, beide hier wohnhaft.

Die angeklagte Frau Willi, die zuerst einvernommen wurde, erklärte, daß sie anfänglich von dem Verhältnis ihrer Tochter Klara mit Jung nichts gewußt habe.

Der Angeklagte Willi erklärte, daß er nichts getan habe, woraus man ihm den Vorwurf der Kuppelerei machen könne.

eingeschritten. Bei seiner umfangreichen Tätigkeit als Arbeitersekretär, als Mitglied des Bürgerausschusses und städtischer Kommissionen sowie als Landtagsabgeordneter sei er mittags stets nur kurze Zeit zu Hause, fast nie länger als eine Stunde.

Was das Verhältnis seines Sohnes mit der Leierle betreffe, so sei er ganz entschieden gegen dasselbe gewesen.

Dem Verhör der Angeklagten folgte die Zeugeneinvernahme, für die 40 Zeugen geladen waren.

In der um 4 Uhr nachmittags fortgesetzten Sitzung wurde mit der Beweisaufnahme fortgefahren.

In der Sitzung des hiesigen Schöffengerichts vom 14. März wurde der Tagelöhner M. S. aus Pforz wegen Unterschlagung mit 2 Monaten Gefängnis bestraft.

Der Angeklagte G. hatte sich im November 1911 bei einem hiesigen Abzahlungsgeschäft verschiedene Möbel für 142 Mk. gekauft und diese im März 1912, obwohl er nur 14 Mk. abbezahlt und dem Verkäufer das Eigentumsrecht bis zur völligen Tilgung der Kaufsumme zuhand, an einen angeklagten Unbekannten für 10 Mk. verkauft.

Der Angeklagte G. hatte sich im Februar 1912 selbständig gemacht.

Auf der Tagesordnung für die heutige Sitzung der Strafkammer standen zwei Fälle, bei denen es sich um Anklagen wegen Kuppelerei handelte.

Im zweiten Fall waren die Angeklagten der Arbeitersekretär Albert Willi aus Badr und dessen Ehefrau Auguste Willi geb. Braun aus Rastatt, beide hier wohnhaft.

Die angeklagte Frau Willi, die zuerst einvernommen wurde, erklärte, daß sie anfänglich von dem Verhältnis ihrer Tochter Klara mit Jung nichts gewußt habe.

Der Angeklagte Willi erklärte, daß er nichts getan habe, woraus man ihm den Vorwurf der Kuppelerei machen könne.

40 Mk., ein Fahrrad für 40 Mk. und seine Schlafzimmereinrichtung an einen Weinhändler gegen die Lieferung von Weinen und Likören verpfändete.

* Radolfszell, 1. April. Eine empfindliche Strafe sprach das hiesige Schöffengericht über ein Ehepaar, den Schmied J. Chr. Scheu und Ehefrau, aus.

* Freiburg i. Br., 4. April. Vor der Strafkammer hatte sich der 64jährige Schneider Fr. L. Heinge aus Gengenhausen wegen Diebstahls im wiederholten Rückfall zu verantworten.

Neues vom Tage.

Nordversuch eines 13jährigen.

Bautzen, 5. April. Von der 2. Strafkammer des hiesigen Landgerichts wurde der 13jährige Max Baurid wegen Unterschlagung und versuchten Mords zu 1 Jahr 3 Monaten und 3 Tagen Gefängnis verurteilt.

Lawinen-Unfall.

Zürich, 5. April. Bei Bauarbeiten der Furka-Bahn oberhalb von Gletsch im Kanton Wallis wurde eine Arbeiterkolonne von einer Lawine verschüttet, wobei zwei Arbeiter getötet und soweit bekannt, 14 verletzt wurden.

Feuersbrunst.

Salzburg, 6. April. In der Ortschaft Oberndorf mütet seit gestern abend eine furchtbare Feuersbrunst. 32 Wohnhäuser sowie zahlreiche Nebengebäude wurden vollständig eingeschert.

Kollektiver Strafprozeß.

Wien, 5. April. Das hiesige Erkenntnisgericht hat den Tischlergesellen Franz Freiberger, der seinem eigenen Geständnis zufolge den Plan gefaßt hatte, den christlich-sozialen Abgeordneten Kunzsch zu erschießen, um damit die Ermordung des sozialdemokratischen Abgeordneten Schummeier durch den Bruder des Abgeordneten Kunzsch zu rächen, zu einer zweijährigen verschärften Kerkerstrafe verurteilt.

Zum Zeppelin-Zwischenfall.

Paris, 5. April. Der Chef des französischen Luftschiffwesens sagte einem Berichtshatter: Das Abenteuer, das dem deutschen Luftschiff zugestochen ist, ist ein ganz gewöhnliches und kann morgen einem französischen Luftschiff widerfahren.

Zum Tode Morgans.

Genève, 5. April. Der Expreszug mit der Leiche Vierpont Morgans ist gestern hier eingetroffen. Ein Bataillon des 129. Linien-Regiments widmete dem Verstorbenen militärische Ehren.

Neuer Grenzzwischenfall.

Ranc, 6. April. Ein Automobil, in dem sich verschiedene deutsche Staatsangehörige befanden, die die Schlachtfelder von Gravelotte besichtigt hatten, überfuhr durch einen Irrtum des Chauffeurs die französische Grenze und traf in Doncourt, einem französischen Grenzdorf, ein.

Suffragetten an der Arbeit.

Manchester, 5. April. Zwei Suffragetten begaben sich in das hiesige Gemälde-Museum und zerklühten mit einem Hammer die Fenster Scheiben, die die Bilder von Staub und Schmutz säuften.

Neue Heberschwemmungsgefahr in Amerika.

Washington, 5. April. In einigen Staaten Amerikas droht eine neue Wassergefahr. Kaum sind die Wasser etwas gefallen, droht nunmehr der Mississippi und Ohio neuerdings die Ufer zu überschwemmen.

Aus dem Lande.

Durlach.

Die Generalversammlung des sozialdemokr. Vereins am letzten Samstagabend hatte einen außerordentlich starken Besuch aufzuweisen, so daß sich das geräumige Lokal als fast zu klein erwies. Der Vorsitzende Gen. Weber behandelte im Vorstandsbericht eingehend die inneren Parteiverhältnisse und Vorgänge der letzten Zeit. Es fanden in der Berichtszeit (1. Juli 1912 bis 31. März 1913) 16 Vorstandssitzungen, 10 Mitglieder- und 4 öffentliche Versammlungen statt. In 6 Mitgliederversammlungen wurden Vorträge gehalten. Der Massenbericht befriedigte nicht ganz, wenn auch noch ein schöner Massenbestand vorhanden ist. Der Stand der Parteipresse am Ort hat sich nur unwesentlich verändert. Die Diskussion gestaltete sich recht lebhaft. Zwei Anträge fanden Annahme, deren Durchführung eine Verringerung der Ausgaben herbeizuführen geeignet ist. Die Neuwahlen ergaben nur unwesentliche Änderungen in der bisherigen Zusammensetzung der örtlichen Parteileitung. Nach Bekanntgabe einiger Mitteilungen konnte die im allgemeinen gut verlaufene Generalversammlung geschlossen werden.

Odenheim, 6. April. Heute früh 1/5 Uhr wurde plötzlich die hiesige Einwohnerschaft durch Feuerlärm aufgeschreckt. Zwei Scheunen wurden ein Raub der Flammen. Das lebende Inventar konnte gerettet werden. Der Schaden beträgt gegen 10 000 Mark. Die Besitzer sind jedoch versichert. Entstehungsurache des Schadenfeuers ist unbekannt.

Ubstadt, 6. April. Kirchenfondsdirektor Peter Harlaub, welcher sich bei Entfernung eines Grabsteins vom alten Friedhof, auf welchen jetzt das neue Pfarrhaus zu stehen kommt, schwer verletzete, ist nun noch dreiwöchigen schmerzvollen Krankheitslager seinen Verletzungen erlegen.

Worheim, 4. April. Wie verlautet, hat sich hier vor einigen Wochen ein Mann, angeblich ein Schreiner aus Frankfurt, aufgehalten, der, wahrscheinlich im Austrage überseischer Gesellschaften, eine Anzahl junge Leute von hier zum Auswandern nach Brasilien veranlaßte. Zum Teil reisten die jungen Leute heimlich und gegen den Willen ihrer Eltern ab. Die letzteren haben Anzeige erstattet. Es kann vor einer Auswanderung ins Ungewisse nur dringend gewarnt werden.

Oberheim, 6. April. Gestern nachmittag wurde der sieben Jahre alte Sohn des Landwirts F. Pantter von einem Automobil überfahren. Der Knabe erlitt so schwere Verletzungen, daß er kaum mit dem Leben davonkommen dürfte.

Schwenningen, 4. April. Aus der Umgegend wird berichtet, daß, wenn die günstige Bitterung der letzten Tage anhält, innerhalb einer Woche mit Beginn der Spargelzeit zu rechnen sein dürfte. Die Abschlußpreise sollen gegen früher bedeutend in die Höhe gegangen sein.

Mannheim, 4. April. In der letzten Nacht wurde hier ein Mordversuch verübt. Um halb 2 Uhr feuerte ein 20 Jahre alter Kaufmann im Luisenpark auf seine 23 Jahre alte Geliebte mehrere scharfe Revolvergeschosse ab, durch welche er sie in der linken Hüftengegend leicht verletzete. Der Täter wurde verhaftet. — Gestern nachmittag erlöschte sich in der Bedürfnisanstalt bei R. 7 ein 41 Jahre alter Metzgermeister von hier. Die Leiche wurde nach dem Friedhof verbracht. Die Tat dürfte auf ein nervöses Leiden zurückzuführen sein.

Die badische Anilin- und Sodafabrik hat im letzten Geschäftsjahre ein glänzendes Geschäft gemacht. Sie erzielte einen Reingewinn von rd. 15 Millionen Mark gegenüber 12 Millionen im Vorjahre. Die Dividende beträgt 28 Proz. Im Jahr 1911 wurden 15 Proz. verteilt.

Siedingen, 6. April. Unter dem Verdacht in Bergalingen sein und seines Bruders Doppelwohnhans in Brand gesteckt zu haben, wurde der Landwirt J. C. Strittmayer verhaftet.

Waldbühl, 6. April. Nachdem erst vor wenigen Tagen die Gemeinde Suggental von einem Brand heimgesucht worden war, brach gestern im Badhotel Feuer aus, welches innerhalb kurzer Zeit das Hauptgebäude vollständig einäscherte. Allen Anschein nach liegt Brandstiftung vor. Der Urheber des Brandes am Montag wurde in der Person des achtjährigen Pflege Sohns des Badwirts A. ermittelt.

Triberg, 6. April. In einem hiesigen Hotel hat sich gestern vormittag ein junger Philologe aus Württemberg erschossen. Er war seit Ostern mit einer Jugendfreundin, die er als seine Schwester ausgab, hier. Als diese von der Tat ihres Geliebten Kenntnis erhielt, wollte sie sich gleichfalls das Leben nehmen, wurde aber daran verhindert. Der Vater des jungen Mannes, ein Pfarrer aus der Nähe von Göppingen, ist alsbald von dem Selbstmord seines Sohnes in Kenntnis gesetzt worden.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 7. April.

Gegen den Rüstungswahnsinn.

Sehr zahlreich hatte sich gestern morgen die Arbeiterschaft Karlsruhes und auch viele Angehörige des Bürgertums im Kolosseum eingefunden, um gegen die geplante Heeresvermehrung und die damit verknüpfte Art der Deckung zu protestieren. Die Versammlung tagte wiederum unter Polizeiaufsicht. Es ist das eigentlich selbstverständlich und es würde entschieden an dem Bilde unserer heutigen preußisch-deutschen Kulturzustände ein spezifischer Farbenton fehlen, wenn eine solche Versammlung nicht polizeilich überwacht würde. Das gehört doch zum System: die gewissenlosen Kriegshetze, die tagtäglich mit dem Gut und Blute eines Millionenvolkes ihr schändliches Spiel treiben, deren Treiben glatter Landes- und Hochverrat ist. Die haben vollkommene Freiheit. Da findet sich kein Staatsanwalt, kein Minister und kein Schutzmann, der diese gefährlichen Subjekte zur Rechenschaft zieht. Das friedliebende Volk aber, das diese Hebe nicht mitmacht, das das Treiben jener Leute durchschaut hat, das nichts weiter will wie in Frieden mit den Nachbarvölkern zu leben, das wirklich sein Vaterland lieb hat, dieses Volk stellt man unter Polizeiaufsicht. Dieses Bild: es ist spezifisch preußisch-deutsch. — Genosse Kolb hatte das Referat übernommen.

Er führte in bekannt, temperamentsvoller, packender Weise ein folgendes aus: Seit vielen Monaten haben wir in der Politik Europas eine so außerordentliche Spannung zu verzeichnen, wie das seit vielen Jahren nicht der Fall gewesen ist. Welche Kräfte rechnen damit, daß wir nicht vor dem Ausbruch eines Krieges stehen. Der Balkankrieg hat für die Balkanvölker große Opfer an Gut und Blut gefordert, die Rechnung für diesen Krieg bekommen nun die Völker Europas präsentiert. In der neuen Militärvorlage der deutschen Regierung sind vorgesehen: 116 965 Soldaten, 15 000 Unteroffiziere, 27 000 Pferde. Weiter kommen dazu die notwendigen neuen Kasernenbauten usw. Die einmaligen Gesamtausgaben betragen rund eine Milliarde Mark, und die laufenden zwischen 170 bis 180 Millionen jährlich. Und das geschieht genau ein Jahr später, nachdem der verantwortliche Minister erklärt hat, daß nunmehr die deutsche Friedenspräsenzstärke vollkommen ausreichend sei. Wenn in der Begründung der Heeresvorlage

auf die langgestreckten Grenzen Deutschlands hingewiesen wird, so kann das unmöglich ein stichhaltiger Grund für die Heeresvermehrung sein, denn dieser Zustand besteht schon seit 40 Jahren. Es wird darauf abgehoben, daß der Balkanbund als Bundesgenosse Rußlands betrachtet werden muß. Wer die Dinge auf dem Balkan verfolgt hat, der weiß, daß die Balkanvölker auf dem Balkan verjagt hat, der weiß, daß die Balkanvölker auf dem Balkan verjagt hat, der weiß, daß die Balkanvölker auf dem Balkan verjagt hat.

Welches sind nun die Folgen der Heeresvorlage? Darin wurzelt der Wahnsinn dieser Rüstungen, daß sie keinen irgend welchen effektiven Erfolg haben. Deutschland hatte noch nicht seine Vorlage definitiv eingebracht, da antwortete schon prompt Frankreich mit der Einführung der dreijährigen Dienstzeit. Damit ist der Effekt der deutschen Heeresvorlage völlig wieder aufgehoben. Wir erhalten zwar mehr Reservisten, aber der Zweck der Vorlage, die Friedenspräsenz zu verstärken, wird nicht erfüllt. Der Widerstand des Bürgertums gegen den Militarismus ist völlig gebrochen. Gegen die letzte Militärvorlage hat nur die Sozialdemokratie gestimmt. Der Erfolg dieser fortgesetzten Rüstungen kann nur der sein, daß die Völker in einen Zustand der Verzweiflung getrieben werden. Die Alternative, vor der wir stehen, ist die:

Entweder abrüsten oder los schlagen.

Die europäischen Großstaaten haben in dem Jahrzehnt 1881 bis 1890 zusammen 31, 1890 bis 1900 39,2 und 1900 bis 1910 63,6 Milliarden Mark für Rüstungszwecke ausgegeben. Dieses ungeheure Anwachsen der Heeresausgaben genügt aber vielen Leuten noch nicht. General Keim hat schon erklärt, wenn wir das erreichen wollen, was beabsichtigt war, müßten wir über die jetzige Heeresvorlage hinaus mindestens 6-7 neue Armeekorps bilden. Mit diesen Rüstungen wird gerade das Gegenteil dessen erreicht, was man erreichen zu wollen vorgibt. Anstatt den Frieden zu sichern, führen sie direkt zum Krieg. Für keinen der europäischen Staaten kann bei einem europäischen Krieg etwas herauskommen. Der Balkankrieg kann zu einem Vergleich mit einem europäischen Krieg nicht herangezogen werden. Die Folgen eines europäischen Krieges wären ganz andere, als sie jemals bei einem Krieg gewesen wären. Das ungeheure rasche Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung der heutigen Zeit, die so sprunghaft vorwärtsschreitet, daß wir Umwälzungen vor unseren Augen sich vollziehen sehen, die früher Jahrhunderte gedauert haben, ist dem Denken so vorausgeeilt, daß ihm die Diplomaten und Verwaltungsbeamten nicht mehr folgen konnten und können. Bei einem europäischen Krieg können die europäischen Staaten, die alle aufeinander angewiesen sind, sich nicht auf die amerikanischen Zufuhr verlassen. Denn Amerika wird die Situation zu seinen Gunsten ausnützen. Der Gedanke, daß Frankreich daran denkt, Elsass-Lothringen zurückzuerobern, kann nur praktische Gesinnung annehmen, wenn auf der französischen Regierungsbank Marken liegen. Gätten wir schon vor 18 oder 20 Jahren Elsass-Lothringen zu einem selbständigen Bundesstaat gemacht, dann wäre der Nebandengedanke schon längst untergegangen. Auch von England ist eine kalte Dusche nach Frankreich herübergekommen, daß es nicht daran denke, Frankreich bei einem Revandekrieg zu unterstützen. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß der Vorschlag des Genossen Franz, eine europäische Verständigungskonferenz abzuhalten, von der bürgerlichen Presse tot geschwiegen wurde. Der Vorschlag würde bei allen Vätern Europas ein Echo finden. Es war ein englischer Minister, der vom

Wahnsinn des Betrübens

Wahnsinn des Betrübens gesprochen hat. Die Verhältnisse waren in den letzten 40 Jahren niemals für eine Verständigung so günstig, wie gegenwärtig. Die Sozialdemokratie gibt sich in allen Staaten die ernstlichste Mühe, für den Gedanken der Verständigung Propaganda zu machen. Wenn die Völker Europas von ihrer Macht, die sie in Händen haben, Gebrauch machen würden, können wir bald zu einer Verständigung kommen. Es ist nicht wahr, daß durch die Rüstungen irgend etwas positives für die Volkswirtschaft erzielt werden kann. Die Prozenten Anleihe Zinses steigt in Kurs auf über 110, während diejenigen der militärischen Großstaaten weit darunter stehen. Auf dem Wirtschaftsmarkt trägt kein Mensch, wieviel Dreadnoughts wir haben, sondern nur die Güte und der Preis der Ware ist entscheidend. Was ist zu tun, um diesem Rüstungswahnsinn zu steuern? Der badische Landesbote meint, wir bräuchten es nicht fertig, der politischen Situation gerecht zu werden. Wir sind immer bereit zu lernen, aber vom „Landesbote“ kann man schon seit Jahren nichts mehr lernen. Die Demokraten finden die Nationalliberalen an Nationalismus zu überbieten. Man kann vom Standpunkte der Demokratie einer solchen Heeresvorlage gegenüber nur eine ablehnende Haltung einnehmen. Das Meer ist ein Instrument gegen den inneren Feind. Von höchster Stelle aus ist das Wort geprägt worden, daß der Soldat, wenn es befohlen wird, auf Vater und Mutter zu schießen hat. (Allgemeine Pflicht.) In der ganzen Welt gibt es keinen Staat, in dem man einen so unfähigen Liberalismus hat, wie in Deutschland. Das deutsche Bürgertum ist der Hausmacht des Junkertums. Wir leben heute noch in einem halbfeudalen Staat. Daran ist die Sozialdemokratie aber völlig unschuldig, denn wenn sie 1848 schon dagewesen wäre, dann wäre etwas gründlicher reformiert worden. Solange die Fortschrittler so grundlicher reformiert werden. Solange die Fortschrittler so grundlicher reformiert werden. Solange die Fortschrittler so grundlicher reformiert werden.

Was ist zu tun, um diesem Rüstungswahnsinn zu steuern? Der badische Landesbote meint, wir bräuchten es nicht fertig, der politischen Situation gerecht zu werden. Wir sind immer bereit zu lernen, aber vom „Landesbote“ kann man schon seit Jahren nichts mehr lernen. Die Demokraten finden die Nationalliberalen an Nationalismus zu überbieten. Man kann vom Standpunkte der Demokratie einer solchen Heeresvorlage gegenüber nur eine ablehnende Haltung einnehmen. Das Meer ist ein Instrument gegen den inneren Feind. Von höchster Stelle aus ist das Wort geprägt worden, daß der Soldat, wenn es befohlen wird, auf Vater und Mutter zu schießen hat. (Allgemeine Pflicht.) In der ganzen Welt gibt es keinen Staat, in dem man einen so unfähigen Liberalismus hat, wie in Deutschland. Das deutsche Bürgertum ist der Hausmacht des Junkertums. Wir leben heute noch in einem halbfeudalen Staat. Daran ist die Sozialdemokratie aber völlig unschuldig, denn wenn sie 1848 schon dagewesen wäre, dann wäre etwas gründlicher reformiert worden. Solange die Fortschrittler so grundlicher reformiert werden. Solange die Fortschrittler so grundlicher reformiert werden. Solange die Fortschrittler so grundlicher reformiert werden.

Was ist zu tun, um diesem Rüstungswahnsinn zu steuern? Der badische Landesbote meint, wir bräuchten es nicht fertig, der politischen Situation gerecht zu werden. Wir sind immer bereit zu lernen, aber vom „Landesbote“ kann man schon seit Jahren nichts mehr lernen. Die Demokraten finden die Nationalliberalen an Nationalismus zu überbieten. Man kann vom Standpunkte der Demokratie einer solchen Heeresvorlage gegenüber nur eine ablehnende Haltung einnehmen. Das Meer ist ein Instrument gegen den inneren Feind. Von höchster Stelle aus ist das Wort geprägt worden, daß der Soldat, wenn es befohlen wird, auf Vater und Mutter zu schießen hat. (Allgemeine Pflicht.) In der ganzen Welt gibt es keinen Staat, in dem man einen so unfähigen Liberalismus hat, wie in Deutschland. Das deutsche Bürgertum ist der Hausmacht des Junkertums. Wir leben heute noch in einem halbfeudalen Staat. Daran ist die Sozialdemokratie aber völlig unschuldig, denn wenn sie 1848 schon dagewesen wäre, dann wäre etwas gründlicher reformiert worden. Solange die Fortschrittler so grundlicher reformiert werden. Solange die Fortschrittler so grundlicher reformiert werden. Solange die Fortschrittler so grundlicher reformiert werden.

Was ist zu tun, um diesem Rüstungswahnsinn zu steuern? Der badische Landesbote meint, wir bräuchten es nicht fertig, der politischen Situation gerecht zu werden. Wir sind immer bereit zu lernen, aber vom „Landesbote“ kann man schon seit Jahren nichts mehr lernen. Die Demokraten finden die Nationalliberalen an Nationalismus zu überbieten. Man kann vom Standpunkte der Demokratie einer solchen Heeresvorlage gegenüber nur eine ablehnende Haltung einnehmen. Das Meer ist ein Instrument gegen den inneren Feind. Von höchster Stelle aus ist das Wort geprägt worden, daß der Soldat, wenn es befohlen wird, auf Vater und Mutter zu schießen hat. (Allgemeine Pflicht.) In der ganzen Welt gibt es keinen Staat, in dem man einen so unfähigen Liberalismus hat, wie in Deutschland. Das deutsche Bürgertum ist der Hausmacht des Junkertums. Wir leben heute noch in einem halbfeudalen Staat. Daran ist die Sozialdemokratie aber völlig unschuldig, denn wenn sie 1848 schon dagewesen wäre, dann wäre etwas gründlicher reformiert worden. Solange die Fortschrittler so grundlicher reformiert werden. Solange die Fortschrittler so grundlicher reformiert werden. Solange die Fortschrittler so grundlicher reformiert werden.

Was ist zu tun, um diesem Rüstungswahnsinn zu steuern? Der badische Landesbote meint, wir bräuchten es nicht fertig, der politischen Situation gerecht zu werden. Wir sind immer bereit zu lernen, aber vom „Landesbote“ kann man schon seit Jahren nichts mehr lernen. Die Demokraten finden die Nationalliberalen an Nationalismus zu überbieten. Man kann vom Standpunkte der Demokratie einer solchen Heeresvorlage gegenüber nur eine ablehnende Haltung einnehmen. Das Meer ist ein Instrument gegen den inneren Feind. Von höchster Stelle aus ist das Wort geprägt worden, daß der Soldat, wenn es befohlen wird, auf Vater und Mutter zu schießen hat. (Allgemeine Pflicht.) In der ganzen Welt gibt es keinen Staat, in dem man einen so unfähigen Liberalismus hat, wie in Deutschland. Das deutsche Bürgertum ist der Hausmacht des Junkertums. Wir leben heute noch in einem halbfeudalen Staat. Daran ist die Sozialdemokratie aber völlig unschuldig, denn wenn sie 1848 schon dagewesen wäre, dann wäre etwas gründlicher reformiert worden. Solange die Fortschrittler so grundlicher reformiert werden. Solange die Fortschrittler so grundlicher reformiert werden. Solange die Fortschrittler so grundlicher reformiert werden.

fen ausgesprochen hat, aber zum Schluß auch wieder den ego liberalen Standpunkt vertritt: „Das „notwendige“ muß bewilligt werden“. Erst nationalliberal ist auch die Ansicht, die dieser Herr ausgesprochen hat, daß hunderttausende Arbeiter brotlos würden, wenn abgerüstet würde. Diese Arbeiter würden aber nicht brotlos, wenn mit dem militärischen System gebrochen würde, sondern sie würden viel lohnendere Arbeit finden, wenn sie Kulturarbeit verrichten würden. Unsere Minister, die jede Militärvorlage mit Hurra bewilligen, haben kein Verständnis für die darniederliegenden Kulturarbeiten. Unsere Wasserläufe bergen ungeheure volkswirtschaftliche Werte in sich, in den Säulen müssen oft 80 und mehr Kinder zusammengepflegt werden. Für allen möglichen Kumbim ist Geld vorhanden, nur nicht für wirkliche Kulturarbeiten. Die Völker müssen sich aufpassen, daß mit diesem System gebrochen und die Bahn frei gemacht wird zu ihrem kulturellen Aufstieg.

Brausender Beifall lohnte die zündenden Ausführungen des Redners. Von der Diskussion machte niemand Gebrauch. Folgende, vom Vorsitzenden, Genossen Kruse, verlesene Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heutige im Kolosseum tagende, zahlreich besuchte Protestversammlung protestiert gegen die geplante ungeheure Heeresvermehrung. Sie erachtet darin nicht nur keine Garantie für die Erhaltung des Friedens, sondern eine provokatorische Maßnahme, die in ihren Konsequenzen den Krieg zur Folge haben muß.“

Die Versammlung fordert statt der Vermehrung des Heeres die Demokratisierung des Heeres wie der Heeresverwaltung. Sie ist überzeugt, daß nur auf diesem Wege der Friede garantiert werden kann. Ferner protestiert die Versammlung gegen die Völkerverehrung, wie sie insbesondere von jener Presse betrieben wird, deren Hintermänner an dem Betrüben finanziell interessiert sind. Die Versammlung erwartet von dem Vertreter des 10. Wahlkreises im Reichstag, daß er sein Votum gegen die geplante Heeresvermehrung abgibt.“

Vortrag.

Genosse Söhn wird am Mittwoch, den 9. d. M., abends 1/9 Uhr, im Saal Kaiserstraße 13 sprechen über: „Naturgenuss und Arbeiterschaft“. Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Bildungsausschuß.

Die diesjährigen Voranschlagsberatungen. Der vom geschäftsführenden Vorstand der Stadtberordneten eingeleitete Prüfungsausschuß hat den Entwurf des diesjährigen Gemeindevoranschlags beraten und gutgeheißen. Die Beratung des Voranschlags im Bürgerausschuß soll Donnerstag, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr, ihren Anfang nehmen.

Aufnahme eines Anlehens. Unterm 24. Januar d. J. hat der Bürgerausschuß die Zustimmung zur Aufnahme eines Anlehens von 7 Millionen Mark für die Stadgemeinde Karlsruhe erteilt. Es wurde beschlossen, das Anlehen nunmehr auszufahren. Termin zur Öffnung der Angebote ist auf Freitag, 11. April, vormittags 11 Uhr, festgesetzt.

Neues Theater mit Konzertsaal. In der Bürgerausschuhstung vom 7. März ds. Jz. ist die Vorlage des Stadtrats wegen Erbauung eines neuen Theaters mit Konzertsaal von der Tagesordnung abgesetzt worden, um zunächst noch einige Fragen aufzuklären. Nachdem dies geschehen, beschloß der Stadtrat, die Vorlage vom 26. Januar nunmehr auf die Tagesordnung der übernächsten Bürgerausschuhstung zu setzen.

Miner Feuerlärm. In einem Laden der Kaiserstraße loden gestern nachmittag 4 Uhr Speien, die auf Gasfeuer standen, über, wodurch eine starke Rauchentwicklung verursacht wurde. Vorübergehende glaubten, es brenne und alarmierten die Feuerwache, welche erschienen ist und gleich wieder abrücken konnte.

In die 230 Meter tiefe Alb gefallen ist gestern nachmittag im Stadtteil Durlach oberhalb der Apenninstraße der siebenjährige Sohn eines in Durlach wohnenden Fuhrmanns. Der Müller zog sofort die Schleuse und der Knabe wurde in den Verlauff getrieben, wo er in bewußtlosen Zustande von dem Müller aus dem Wasser gezogen wurde. Die angestellten Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg.

Auf einer Orangensale glitt am 4. l. M. eine Frau in der Ruppurrerstraße aus; sie fiel zu Boden und zog sich eine Kopfverletzung zu.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Fußballsport. Das interessanteste Spiel des gestrigen Tages war untrüglich das Schlußspiel um die süddeutsche Meisterschaft in Stuttgart zwischen Aders und F.V. Frankfurt. Die Aders gewannen das Spiel mit 1:0 Toren und sind somit süddeutsche Meister mit 7 Punkten. Fürtz und Mannheim haben je 6 und die Frankfurter 5 Punkte. — Der 1. Forchheimer Fußballklub verlor gegen Rasenpieler Mannheim mit 3:4 Toren. — In Karlsruhe spielten „Phönix“ gegen die junge Mannschaft der Vikarier, den Fußballklub Mühlburg und gewann mit 2:0 Toren. Halbzeit 1:0. — Im Pokalspiel gewann „Frankonia“ gegen Weierheim mit 4:2 Toren. Das Stadtspiel Berlin-Wien endete mit 4:2 Toren.

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 1.70 m, gef. 0 cm, Rehl 2.64 m, gef. 5 cm, Marau 4.12 m, gef. 4 cm, Mannheim 3.41 m, gef. 5 cm.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei und letzte Nachrichten: Wilhelm Kolb; für Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Aus dem Lande und Neues vom Tage: Hermann Kadel; für Kommunalpolitik, Aus der Stadt und Feuilleton: Hermann Winter; für die Inserate: Karl Biegler, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

H. K. Ja.
Abonnent B. W., hier. Gegen die Kündigung der Wohnung können Sie nichts machen, der Hauseigentümer braucht Ihnen dafür einen Grund gar nicht anzugeben. Will den von Ihnen angegebenen Gründen ist gegen die Kündigung gar nichts anzusetzen.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe (Arbeiter-Frauenchor). Heute Montag, 7. April, abends präzis 1/9 Uhr: Singstunde. Von 1/10 Uhr ab: Mitgliederversammlung mit äußerst wichtiger Tagesordnung. Sämtliche Mitglieder sind hierzu freundlich eingeladen. Karlsruhe, „Lassalle“. Heute Montag abend präzis 8 1/2 Uhr Zusammenkunft der Sänger im „Lassalle“ zur Eröffnung eines Mitglieds. Erscheinen aller Sänger ist Ehrenpflicht. Durlach (Arbeiter-Radsportklub „Solidarität“). Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Dienstag abend 1/9 Uhr im „Schwanen“ unter dem Vorsitz des Bundesvorsitzenden eine kombinierte Radelversammlung stattfindet, wozu die Radfahrer hiermit höflichst und dringend erachtet werden zu erscheinen. 225 Der Ortsgruppenleiter.

Letzte Nachrichten.

Kundgebungen gegen den Gotthardvertrag.

Bern, 5. April. In Genf und Lausanne ist es gestern zu Einspruchskundgebungen gegen die Annahme des Gotthardvertrages im Nationalrat gekommen. In Lausanne zogen die Studentenverbindungen mit einer großen Volksmenge durch die Straßen und trugen umflorte Schweizerfahnen im Zuge, zwei Großräte hielten Protestreden gegen die Annahme des Vertrages; in Genf zog, als das Abstimmungsergebnis bekannt wurde, eine Volksmenge vor das Nationaldenkmal und umhüllte es mit einem Trauerflor. Vor den Wohnungen der Nationalräte Charbonnet und Rischel, die für den Vertrag gestimmt hatten, wurden Kundgebungen veranstaltet und die beiden Nationalräte zum Rücktritt aufgefordert.

Der Dank Deutschlands an Frankreich.

Paris, 5. April. Der deutsche Botschafter Freiherr v. Schön sandte dem Minister des Aeußern Pichon ein Schreiben, in dem er ihm mitteilte, daß er von seiner Regierung beauftragt sei, der französischen Regierung für die Art und Weise, wie sie den Zwischenfall der Landung des deutschen Luftschiffes erledigt habe, den lebhaftesten Dank auszusprechen. Die deutsche Regierung ließ auch durch den Botschafter Cambon der französischen Regierung danken für die Courtoisie, mit der sie die Befragung des Luftschiffes aufgenommen habe, sowie für das Entgegenkommen, mit dem sie dem Luftschiff bei der Rückfahrt behilflich war.

Die folge der Zeppelinlandung in Frankreich.

Paris, 5. April. Der heutige Ministerrat hat beschlossen, dem Parlament sofort nach Zusammentritt einen Gesetzentwurf betreffend die Regelung der Luftschiffahrt vorzulegen.

Kämpfe in Marokko.

Paris, 5. März. Ueber das Gefecht der Kolonne des Obersten Mouret am 10. März mit einem unter dem Bruder El Saibas stehenden marokkanischen Stamm an der Grenze Mauretaniens und Marokkos wird gemeldet, daß die Marokkaner auf dem Kampffeld 140 Leichen und zahlreiches Kriegsmaterial zurückgelassen haben. Auf französischer Seite fielen außer den zwei Offizieren noch 22 Senegalschützen; 35 Senegalschützen wurden verwundet.

Der fall Dély-Lukács.

Budapest, 5. April. In der Affäre des früheren Staatssekretärs Joltan Dély, der den Ministerpräsidenten Lúfac in öffentlicher Versammlung als den Parassiten Europas bezeichnet, weil er einen Betrag von 4,8 Millionen, den die Ungarische Bank- und Handels-Aktiengesellschaft für das Zustandekommen gewisser Verträge mit dem Staate beigestellt, statt der Staatskasse der Partei- und Regierungspartei zugeführt habe, ist heute eine interessante Wendung eingetreten. Nach mehr-

tägiger Verhandlung hat die königliche Tafel das Urteil der ersten Instanz, die Dély unter Ablehnung jeder Beweisführung zu einmonatiger Gefängnisstrafe und 1000 K. Geldstrafe verurteilte, kassiert und eine neue Verhandlung vor der ersten Instanz unter Zulassung der Beweisführung auf breiter Basis angeordnet. Diese Beweisführung hat speziell die Art und Weise der Verwendung der 4,8 Millionen sowie alle von der Ungarischen Bank mit dem Staate abgeschlossenen Verträge zu umfassen. Die Entscheidung der königlichen Tafel erregt um so größere Sensation, als der Oberstaatsanwalt Sellheg in einer vorgegeben an die Tafel gerichteten Eingabe für die Abweisung des Einspruches Dély eintrat, weil die Angelegenheit durch die von dem Ministerpräsidenten im Abgeordneten- und Magnatenhaus auf die entsprechenden Interpellationen erteilten und von der Mehrheit beider Häuser gutgeheißenen Antworten eine res judicata geworden sei und das um so mehr, als nur das Parlament dazu berufen sei, über die politischen Zusammenhänge der Angelegenheit eine Entscheidung zu treffen.

Ein amerikanischer Zollkrieg.

Rio de Janeiro, 4. April. Die brasilianische Zollverwaltung veröffentlicht zwei Erlasse, nach denen die Zollbevorzugung der Vereinigten Staaten aufgehoben und von allen seit Jahresbeginn eingeführten amerikanischen Waren die bisher gewährte Ermäßigung von 20 v. S. nachgefordert wird. Die Anordnung deutet auf schwere handelspolitische Verwicklung mit Amerika hin, doch ist es noch ungewiß, ob der Bruch schon endgültig ist. Die Presse vertraut bei Besprechung des Ereignisses der Stärke der brasilianischen Stellung bei einem etwaigen Zollkrieg und sagt, die logische Folge eines Zollkrieges würde ein gegen die amerikanische Bevormundung gerichteter enger Anschluß Brasiliens an Europa sein.

Der Balkan-Konflikt.

Montenegro läßt sich nicht imponieren.

Belgrad, 5. April. Das Telegramm, das der englische Vizeadmiral Cecil Burney, der als rangältester Offizier Befehlshaber der internationalen Flotte ist, aus Cattero an den montenegrinischen Ministerpräsidenten gerichtet hat, lautet folgendermaßen: Ich habe die Ehre, Sie davon zu benachrichtigen, daß die internationale Flotte vor Antivari in den montenegrinischen Gewässern vor Anker gegangen ist. Die Flotte ist erschienen, um gegen die Belagerung Montenegros, die Wünsche der Großmächte zu erfüllen, zu protestieren. Ich möchte die Aufmerksamkeit Ew. Erzellenz auf die Anwesenheit der internationalen Flotte lenken, welche nicht nur bedeutet, daß die Großmächte einig sind, sondern daß sie auch den Wunsch haben, daß ihre Entscheidungen unverzüglich angenommen werden. Ich bitte Sie, mir sofort mitzuteilen, daß Ihre Regierung bereit ist, die Wünsche der Großmächte zu erfüllen.

Der Ministerpräsident antwortete dem englischen Admiral, er bedauere tief, eine internationale Flotte in den Gewässern von Montenegro zu dem Zwecke versammelt zu sehen, eine Bression auf Montenegro auszuüben, damit es dem Verlangen der Großmächte bezüglich der Belagerung von Skutari und der Einstellung der Feindselig-

keiten seitens Montenegros im Territorium des zukünftigen Albanien nachkomme. Aber Montenegro habe seinen Standpunkt bereits in der an die Vertreter der Mächte gerichteten Mitteilung vom 2. April Ausdruck gegeben. Infolgedessen wiederhole er diesen dem Admiral gegenüber und füge hinzu, daß trotz der Bression, welche die Anwesenheit der Flotte in sich schließe, Montenegro von seiner den Erfordernissen des zwischen den Verbündeten und der Türkei bestehenden Kriegszustands, wie auch dem seitens der Mächte beim Ausbruch der Feindseligkeiten proklamierten Neutralitätsprinzip entsprechenden Haltung nicht abgehen könne. Dieses Prinzip sei durch die Anwesenheit der internationalen Flotte in den Gewässern von Montenegro zum Nachteil Montenegros verletzt.

Buchhandlung Volksfreund

„Das intime Buch der Frau“, ein Führer durch das Eheleben. Preis 2 Mk. — „Mein intimer Briefwechsel“. Preis 1,50 Mk. Porto nach auswärts 20 Pfg.

Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein: Von Genossen S. L. und G. R. 4 Mk., früher quittiert 5 Mk., zusammen 9 Mk. Weitere Beträge nimmt entgegen Gustav Krüger, Lukenstraße 46, 4. Stod.

Erstklassig!
Unsere
„Marine“
2 Pfg
CIGARETTE



Georg A. Jasmalzi Akt. Ges.
Dresden
Größte deutsche
Cigarettenfabrik

Betten · Wäsche · Ausstattungen liefert billigst in Christ. Oertel · Karlsruhe

guter Ausführung Kaiserstr. 101/103 · Tel. 217 · Rabatmarken.

Butterschmalz-Rezept:

Man lasse 1 Pfund reine Butter und 2 Pfund Palmin zusammen aus.
Das so gewonnene Produkt ist von reinem Butterschmalz nicht zu unterscheiden.
Palmin nur echt in Paketen mit dem Namenszug *Dr. Schmalz* in rotem Druck.

Billige Möbel.

Schön. 2tür. Schränkchen, 16 Man
Waschkommode mit Wärm. 80 M
2 betr. neue Vertiko mit Spiegel
40 und 45 M
Eleg. Blüschdewan. Sofa, 22 M
Tische 7 u. 9 M, Ausziehtisch, eich.
Schreibtisch, geschm. eich.
Kücheltisch, Kaffemaschine, Koffhaar
Kompl. Betten von 25 M an
Trumeau, sehr schön, 80 M.
Esteinstraße 7, Hof.

Wicker zu verpachten
an der Knielingstraße. 219
Näheres Rheinstr. 107, 3. St.

Frühjahrs-Ausfaat

empfehle ich
Gemüse, Gras- u. Blumen-
Sämereien
in anerkannt vorzüglichen, keimfähigen Sorten, offen ausverpackt, daher vorteilhaft, sowie
Chilifalpete, Thomasmehl, schwefel-saures Ammoniak, Kalksand.

W. Hofheinz
Drogerie, 6082
Ecke Luise- und Wilhelmstraße.

Bornehm

wirkt ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendliches Aussehen, weiche, samtweiche Haut und ein schöner Teint. Alles dies erzeugt die allein echte Federmepid-Fliesenmilch. Preis 1/2 St. 50 Pfg. ferner macht der Poda-Cream rote und ruffige Haut in einer Nacht weiß und samtweich. Tube 50 Pfg. bei: **Carl Roth, Hofstr. 228**, **Dr. Dieler, Kaiserstr. 228**, **Otto Fischer, Karlsru. 74**, **Internat. Apotheke Kaiserstr. 80**, sowie in allen anderen Apotheken in **Grödingen: Hans Joseph** in **Mühlburg: Strauß-Drog.**

Nollen-Anzüge
(bei Regen gedeckte Nollen) besorgt billig K. Müllinger, Dienstadt Nr. 1, Leffingstr. 3a.

Möbel

aller Art kaufen Sie am billigsten in enormer Auswahl bei **Jos. Kirmann**, **Verrenstraße 40. 6218**, Lager in 5 Stodwerken. NB. Ansicht ohne Kaufzwang.

Holzschuh-Ausverkauf

zu bedeutender Preisermäßigung 281 nur gut gearbeitete Ware, wegen Aufgabe des Artikels.

Ernst Deuble, Drogerie
Ecke Angarten- u. Wilhelmstr.

2 Forterrier 4 Monate alt, gez. pr. Eltern, verkauft K. Lang, Gerwigstraße 37.

10% auf Stoffe
für **Anzüge, Palätois, Hosen, Loden- und Kostümstoffe**
zur erstklassigen tragfähige Kostümbau-Qualität empfohlen
Will. Wolf jr.
Tuch-Engros und Versand-Abteilung
Eingang Lammstr.

Carl König
Dentist
KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.
Telephon 2451.
Künstliche Zähne, Plombieren, Zahnziehen.

Gas- und Strombezug.

Wir erlauben uns, darauf aufmerksam zu machen, daß es bei der außergewöhnlich großen Zahl von Anträgen, die jeweils auf 1. April (Umzugstermin) bei uns einlaufen, im Interesse einer rechtzeitigen Erledigung derselben dringend geboten erscheint, daß Anträge auf **Änderung der Gasleitung, Aufstellung, Entfernung oder Uebernahme von Gasmessern, Gasautomaten und Elektrizitätszählern** möglichst frühzeitig, spätestens aber 3 Tage vor dem Wohnungswechsel, bei uns eingereicht werden. Anträge auf **Änderung von elektrischen Installationen** (einschließlich Beleuchtungskörpern) wollen möglichst frühzeitig an die für solche Arbeiten zugelassenen Installationsfirmen gerichtet werden.

Auch sollten die Mieter von Wohnungen sich so bald als möglich davon überzeugen, ob in den zu beziehenden Räumen die Gaseinrichtungen, bezw. elektrische Einrichtungen, so getroffen sind, daß der erforderliche Gasmesser, Mänggasmesser oder Elektrizitätszähler jederzeit aufgestellt werden kann.

Es kommt sehr häufig vor, daß bei Aufstellung der Gasmesser der Anschluß im Keller fehlt oder nur teilweise fertiggestellt ist, und daß beim Anschluß des Mänggasmessers die erforderlichen Träger nebst Brett nicht vorhanden sind. Da diese Arbeiten unabhängig von der Aufstellung der Gasmesser, bezw. Mänggasmesser, jetzt schon ausgeführt werden können, empfiehlt es sich, diesbezügliche Anträge umgehend bei uns einzureichen, damit beim Einzug eine Verzögerung in der Aufstellung der Gasmesser, bezw. Mänggasmesser, nicht eintritt.

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.

Ausgekämmte Haare
Ziege, gute Erziehung, mit oder ohne Junge, hat zu verkaufen Rudolf H. Müller, Göttingenweier.

Bekanntmachung.

Die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses beehren sich mich hierdurch zu einer öffentlichen Versammlung auf **Donnerstag, den 17. April d. Js., nachmittags 3 1/4 Uhr** in den großen Rathssaal, ergebenst einzuladen.

Tagesordnung:

1. Beratung des Gemeindevoranschlags für 1913 (Vorlage Nr. 27).
 2. Aufwand für die außerordentlichen Unternehmungen 1913 (Vorlage Nr. 28).
- Vor der Sitzung — von 8—8 1/4 Uhr — finden die Ersatzwahl eines Mitgliedes des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten für den zum Stadtrat berufenen Stadtverordneten, deren Oberrechnungsrat Heinrich Guggel, und die Erneuerungswahl von 5 Mitgliedern des Verwaltungsrats des Waisenhauses statt.

Karlsruhe, den 5. April 1913.

Der Oberbürgermeister:

Siegfried Läger.

Bekanntmachung.

Die Ergänzung des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten betr.

Herr Stadtverordneter Oberrechnungsrat Heinrich Guggel, Mitglied des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten, ist infolge Ablebens des Herrn Stadtrats Voelch als nächster der gleichen Wahlvorschlagsliste angehörender Bewerber der national-liberalen Partei gemäß § 25 Absatz 3 der Städteordnung und § 47 Absatz 1 der Städtewahlordnung an die Stelle des letzteren als Stadtrat getreten. Es ist daher die Ersatzwahl eines Mitgliedes des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten erforderlich.

Ich beehre mich, die Herren Stadtverordneten zur Vornahme dieser Ersatzwahl auf **Donnerstag, den 17. April d. Js., nachmittags 3 Uhr**, in den großen Rathssaal, ergebenst einzuladen. Die Wahlhandlung dauert von 8—8 1/4 Uhr.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur Stadtverordnete. Die Wahl geschieht mittelst geheimer Stimmgebung, wobei die relative Mehrheit der Stimmen entscheidet. Das Amt des Gewählten dauert bis zur nächsten regelmäßigen Erneuerungswahl der Stadtverordneten.

Karlsruhe, den 5. April 1913.

Der Obmann

des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten: C. Frey.

Bekanntmachung.

Das diesjährige Ab- und Zuschreiben der Einkommen- und Vermögenssteuer wird am **Montag den 7. April bis mit Mittwoch den 30. April 1913** vormittags von 8 1/2 bis 11 1/2 Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr in den Geschäftsräumen des Gr. Steuerkommissärs hier vorgenommen werden.

In dieser Frist müssen die Einkommen- und Vermögenssteuererklärungen abgegeben werden. Wer Hilfspersonen in anderer Weise als lediglich in seinem Haushalt oder beim Betrieb der Landwirtschaft gegen Entgelt beschäftigt, hat das hierfür vorgeschriebene Verzeichnis auszufüllen und bis zum Ablauf obiger Frist beim Gr. Steuerkommissär einzureichen.

Die hierzu erforderlichen Vordrucke sind, sofern sie nicht zugestellt werden, beim Gr. Steuerkommissär abzuholen. Wer die ihm obliegenden Steuererklärungen und Anmeldungen der Hilfspersonen nicht rechtzeitig oder wahrheitswidrig erstattet, macht sich strafbar.

Zur näheren Belehrung werden die Steuerpflichtigen auf die an der Ortsverlündigungstafel angeschlagene Bekanntmachung verwiesen.

Karlsruhe, den 31. März 1913.

Der Vorsitzende des Schatzungsrats:

gez. Dr. Gorfmann.

Bekanntmachung.

Die Wahlen in den Verwaltungsrat des Waisenhauses betr.

Die Amtszeit der nachfolgenden Mitglieder des Verwaltungsrats des Waisenhauses ist abgelaufen:

1. Dr. Binz Gustav, Stadtrat, 3. Kappeler, Ludwig, Stadtrat,
2. Voelch Max, Stadtrat (am 4. März starb Karl Privatmann, 10. v. M. verstorben), 5. Reeh Adolf, Stadtrat.

Es hat daher gemäß § 22 der Statuten eine Erneuerungswahl von 5 Mitgliedern des Verwaltungsrats durch den Bürgerausschuss stattzufinden.

Hierzu wird Tagfahrt auf **Donnerstag, den 17. April d. Js., nachmittags von 3 bis 3 1/4 Uhr**, in den großen Rathssaal anberaumt.

Sämtliche Herren Mitglieder des Bürgerausschusses werden zur Teilnahme an der Wahl hiermit eingeladen. Die zu Wählenden sind der Zahl der in nachstehender Vorschlagsliste genannten Persönlichkeiten zu entnehmen.

Die Liste wurde in Uebereinstimmung mit dem Verwaltungsrat des Waisenhauses aufgestellt und durch Groß. Bezirksamt geprüft. Die Vorgesetzten sind:

1. Dr. Binz Gustav, Stadtrat, 9. Fels Heintz, alt. Brauereibesitz.
2. Dieber Karl, Stadtrat, 10. Stehlin Karl, Stadtverordn.
3. Kappeler Ludwig, Stadtrat, 11. Guggel Heinrich, Stadtrat,
4. Markstahler Karl, Privatmann, 12. Hof Karl Wilh., Stadtverordn.
5. Reeh Adolf, Stadtrat, 13. Reine Adolf, Stadtverordn.
6. Blas Friedrich, Stadtrat, 14. Rudi Karl, Stadtverordneter,
7. Paschang Fried., Stadtverord., 15. Weber Adolf Heintz, Stadtverordneter.
8. Reih Wilhelm, Stadtrat, 16. Weber Adolf Heintz, Stadtverordneter.

Karlsruhe, den 5. April 1913.

Der Stadtrat:

Dr. Gorfmann. Läger.

Ortskrankenkasse Raftatt.

Wir machen hiermit höflich bekannt, daß die Zahnbehandlung für unsere Rassenmitglieder ausüben:

1. Herr Baumann Karl, Kehlerstraße Nr. 22.
2. Brudner Josef, Kaiserstraße Nr. 45.
3. Hermsdorf Walter, Herrenstraße Nr. 9.
4. Hofmann Ernst, Herrenstraße Nr. 4.
5. Fräulein Wächter Hilda, Kaiserstraße Nr. 46.
6. Herr Wehnschel Ludwig, Kapellenstraße Nr. 1.

Raftatt, den 1. April 1913.

Wilhelm Vetter, 1. Vorsitzender.

Restaurant „Goldener Adler“

Spezialauschank der Brauerei Kammerer.

Jeden Montag und Donnerstag

Schlacht-Tag.

Hochachtend: Ernst Müller.

Sonder-Preise

Montag. Dienstag. Mittwoch.

**Wasch-Kleiderstoffe
Blumen.**

Bis Montag Abend

Jacken-Kleider.

Hermann Tietz

Feuerbestattungsverein Karlsruhe (e. V.)

Alle Anhänger der Feuerbestattung laden wir hierdurch zum Eintritt in unsern seit 12 Jahren bestehenden, über 600 Mitglieder zählenden Verein ein.

Jahresbeitrag 3 Mk. Für Mitglieder Herabsetzung der Einäscherungstaxen in allen 3 Bestattungsklassen auf die Hälfte.

Anmeldungen an Oberbuchhalter **Wildenthaler (Rathaus).** 8785

**Städt. Arbeitsamt
Karlsruhe**

Zähringerstrasse 100 Telefon 629.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt für

- | | |
|--------------------|---------------------------------------|
| 4 junge Gärtner | 6 junge Gärtner |
| 2 junge Buchbinder | 2 junge Buchbinder |
| 6 junge Schneider | 10 Schneider auf Groß- und Kleinstück |
| 1 Bauhilfsarbeiter | 1 selbst. Wagenfahler |
| 2 Kesselschmiede | 2 junge Sattler und Tapeziere |
| 3 junge Wagner | 4 junge Friseur |
| 2 Möbelschreiner | 4 junge Tischschmiede |
| | 8 Bauhilfsarbeiter |
| | 2 Glaser |
| | 10 junge Wagner |
| | 12 Kesselschmiede |
| | 1 Drahtflechter |
| | 5 Möbelschreiner |
| | 5 Bauhilfsarbeiter |
| | 4 Maschinenarbeiter |
| | 1 junger Holzflößer |
| | 3 Glaser |
| | 3 Wagenladierer |
| | 1 Hafner (Schneidarbeiter) |
| | 5 Steinbrecher |
| | 5 Pflastersteinbrücker |

**J. Blum's
Zug- und
Storvorrichtung**

mit 2 Stangen f. Vorhänge u. 3 Stang. f. Stör u. Vorhänge fertig zum Gebrauch. Jeder kann dieselben auf- und abmachen.

Polierte Holzgalerien in allen Längen **Solide und dauerhafte Ware**

Alles eigenes Fabrikat mit Motorbetrieb. Preislisten gratis. Nur bei

J. Blum, Schützenstr. 49.

Rabattmarken.

Karl Hummel

Stahlwarenhandlung Rasiermesserschleifen Karlsruhe i. B. Worderstr. 13.

Die weltberühmten Fabrikate der Firma

B. Kissner, Scherenfabrik, Gross-Umstadt (Hessen)

sind stets in grosser Auswahl am Lager und erfolgt der Verkauf zu Fabrikpreisen. 170

**Kug- und Brennholz-
Versteigerung.**

Dienstag, den 8. d. M., vormittags 9 Uhr, werden in der Baumwaldballe bei der Heustraße 2 Platanen, 12 Erlen, 11 Ulmen- und 2 Eichenstämme sowie 14 Stck verschiedene Scheit- und Kollholz gegen Barzahlung öffentlich versteigert.

Karlsruhe, 2. April 1913. Städtische Gartendirektion.

Grüne Haare

Kopf oder Bart, erhalten ihre Farbe und natürlichen Jugendglanz durch meinen erprobten und bewährten Haarfarbewiederhersteller „Ammulator“.

1/2 Fl. M. 3.—, Porto 20 Pf., Nachnahmeporto extra. 5541

K. Kallenbach, Straßburg i. Elß., Fergasse

**Städt.
Vierordtbad**

Versch. Kurbäder

Halb-, Sitz-, Fuss- und Wechselbäder, Duschen, Wickel (Packungen) und Massagen, Dampf- und Heissluftkastenbäder etc.

Damenbadezeit: „Montag und Mittwoch vormitt. 8 bis 1 Uhr und Freitag 2 bis 8 Uhr. 7152

Herrenbadezeit: „Alle übrige Zeit u. Sonntags vorm. 8—12 Uhr.“ Auch ab. Mittag geöffnet.

Colosseum

Waldstr. 16/18. Tel. 1308.

**Job's lustige
Bühne**

Montag und Dienstag

Letzte 220

Aufführungen von

Der Mann mit dem Fimmel!

Ab Mittwoch, 9. April:

?Schieber?

Lachstürme!

Große Posten bessere

**Herrenkleider-
stoff-Reste**

**sowie Loden- und
Costüm-Reste**

sind enorm billig abzugeben.

Kaiserstr. 133, 1 Tr. hoch

Edle Kaiser- und Kreuzstraße

Eingang bei der kleinen Kirche.

Extra- Angebot.

Anzüge von 6.— M. an, Leberzieher 3.—

sowie Damenkleider, Schuhe, Stiefel, Weiszeug, laufen Sie immer billig bei

3298

**Arnold Schap, Zähringer-
straße Nr. 38.**

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten vom 13. bis 25. März: Hilda Henriette, Vater

Arthur Emil August Steud, Hausmeister. Jakob Ludwig Wil-

helm, Vater Jakob Feger, Kaufmann. Mathilde Berta, Vater

Gustav Adolf Mohr, Schlosser. Christian Hermann, Vat. Jakob

Martini, Mühlennacher. Karl Gustav, Vater Karl Jos. Friedrich

Häffner, Elektrotechniker. Otto Gustav, Vater Sebastian Kohl-

müller, Fabrikarbeiter. August Christof Friedrich, Vater Theodor

August Benneter, Fabrikarbeiter. Gudrun Emma, Vat. Dr. phil.

Hermann Haack, Chemiker. Ludwig, Vater Peter Kämmer,

Schleifer.

Eheschließungen vom 22. März: Franz Schwab, vater-

Schuhmacher von Lundenbach, D.M. Wergentheim (Wittbg.),

Karoline Katharine Heintze Jakobine Dannheimer geb. Stöder,

geb. von Mittelsteinbach, D.M. Deyringen (Wittbg.) Johann

August, Felzer von Wönschthalde, Kreis Dauten (Königreich

Sachsen), und Margareta Rosine Kleiber von hier. Karl Adolf

Hahn, geschiedener Büchsenmacher von Bruchsal, und Karoline

Schnörter Ww. geb. Siebler von Röttingen, Amt Forstheim.

Julius Schloffer, Gärtner von Wilsch, Amt Etodach, und Barbara

Schirmer von Krautheim, Amt Forstberg. Friedrich Nittershofer,

Möbelschreiner von hier, und Emma Berta Kummle von Eingen,

Amt Durlach.

Gestorben vom 18. bis 26. März: Wilhelm Friedrich

Badershauser, Maurer, Ehemann, 64 1/2 Jahre alt. Gustav Adolf

Kirchensauer, led. Metzger, 22 Jahre alt. Walter, v. August

Ernis, Metallschleifer, 7 Wochen alt. Karl August Meier, Land-

wirt, Ehemann, 57 1/2 Jahre alt. Jakobine Matich, led. Nigarren-

fabrikarbeiterin, 63 1/2 Jahre alt.

2 Sekunden —
3 leichte Striche —
Welch herrlicher Glanz!

Erdal

Schuhcreme



Schöne Thür. Schränke 16 u. 25 M., pol. Kommode 18 M., Chaiselongue 18 M., pol. Bett 25 M., Sofa, Waschtisch, Spiegel, Küch., sehr billig. 215

Ludwig Wilhelmstr. 18, Hof.

Wegen sofortiger Räumung verkaufe ich mehrere neue und gebrauchte engl. Bettstellen mit Kösten und Matratzen, ferner billige Divane in verschiedenen Dessins, Chaiselongues und zwei neue selbstangefertigte Polstergarnituren zu äußerst billigen Preisen. 227

Wilhelm Doll, Kaiserstraße 45.

Gebisse

werden jeden Dienstag angefaßt

Karlstr. 41, 3. St., Hof.

pro Zahn von 30 Pfg. an.

Die folgenden

1. Sofor-

2. Sofor-

3. Sofor-

4. Sofor-

5. Sofor-

Diese

wegen sich

Fortderung

wenn wir

versuchen

lungen an

ten, den

